

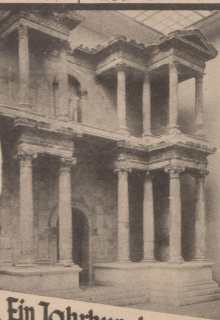


Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Regierungsrat Leo Horwig, Der innere Markt; Bundesminister Jng. Dingeldey, Kleinsten und Desinfektion; Ministerialrat a. D. Kleinwächter, Märkten Freiheitstempel; Otto Reilinghausen, Die Mischbeckenfrage zur der II. Dörfenreformfrage; Georg Deder, George oder seine Wälderform; Dr. Illersdorff, Wie und warum Wälderform?

In Kommission: Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Beitraglich 3,60 Mark / jährlich 7,20 Mark
Ersch. ein- und zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Ein Jahrhundert Berliner Museen



Der innere Markt — das Rückgrat der Volkswirtschaft.

Von Regierungsrat Leo Forwih.

Was einer auf Anregung des Dr. Müllers für Handel und Gewerbe jeden erhellenden Schritt, „im Deutschlands wirtschaftliche Zukunft, Erhaltung — Rehabilitation — Ringen um Wirtschaftsfreiheit“ (Zentralverlag, Berlin W 35 — Preis 2,- RM), die alle im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehenden wirtschaftl., sozial- und reparationspolitischen Fragen aufrollt, wird hier auszugeweiht ein Kapitel wiedergegeben, das besonders die Fragen des inneren Marktes und der Einfuhrumkehrung behandelt.

Bedeutung des Binnenmarktes.

Der innere Markt bildet das Rückgrat des deutschen Wirtschaftskörpers. Mithin die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung wird von der inländischen Verbraucherschaft abgenommen; auch der größte Teil der deutschen Industrieerzeugnisse findet im Lande selbst seine Käufer. Von der Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes hängt also Wohl und Wehe der Landwirtschaft und großer Teile der deutschen Industrie ab.

Auf dem Binnenmarkt wird über Arbeitslohn und Verdienstschicksal und Verdienst von Millionen Erwerbstätiger entschieden. Nach Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung arbeiten von rund 32 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland etwa 90 v. H. für den Binnenmarkt und etwa 10 v. H. für den Export. In diesem Verhältnis tritt die überragende Bedeutung des Binnenmarktes klar zutage.

Der Sorgen Landwirtschaft und Industrie den Binnenmarkt mit

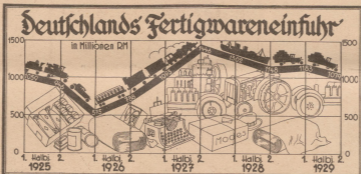
schaft. Nicht „Binnenmarkt oder Export“ darf heute die Frage lauten, sondern „Binnenmarkt und Export“!

Die Einfuhr den Binnenmarkt beeinträchtigen kann.

Eine entscheidend wichtige Frage für die Gestaltung des Binnenmarktes ist grundsätzlich der Import fremder Erzeugnisse. Nicht jede Einfuhr hat unglückliche Auswirkungen auf den Binnenmarkt. Große Einfuhren sind für Deutschlands Wirtschaft so nötig wie das tägliche Brot. Das gilt vor allem für die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die bei uns weiterverarbeitet werden. Neben diesem unentbehrlichen Rohstoffimport spielen auf der Einfuhrseite der deutschen Handelsbilanz noch zwei weitere

Polen eine erhebliche Rolle: Lebensmittel und Getränke sowie fertige Waren. Sie sind in der Außenhandelsstatistik 1929 mit 3,8 bzw. 2,3 Milliarden vorrätig mit sehr ansehnlichen Beträgen also. Ein Import von Lebensmitteln ist zwar in gewissem Umfang notwendig, solange die deutsche Landwirtschaft das von ihr angebotene Ziel, die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle sicherzustellen, noch nicht erreicht hat. Aber in den Milliardenhöhe der Einfuhr finden

auch Beträge für Genussmittel beträchtlicher Art, für Zubereitungsmittel, die in ausreichender Menge ins Inland selbst erzeugt werden können — sofern die Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktion und zweckmäßige Wirtschaftspolitik die notwendigen



Produktion und zweckmäßige Wirtschaftspolitik die notwendigen Vorbedingungen dazu schaffen. Die fertigenwareneinfuhr schließlich umfaßt zum guten Teil auch Futtermittel, deren Verbrauch, wenn überhaupt, nicht aus ausländischer Quelle mindestenswert sein kann. Hunderte von Millionen werden auf diese Weise jährlich aus Ausland bezahlt. Überhöhte Einfuhr von Nahrungs- und Futtermitteln kann auch zu einer Verminderung des Absatzes heimischer Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt führen.

Mit anderen Worten: je kann für Landwirtschaft, Industrie und Handwerk den Absatz auf dem inneren Markt schmälern.

Das Roggenproblem

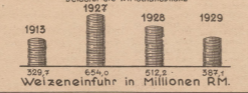
Wachsende Produktion



Sinkender Verbrauch



Abnehmender Roggenverbrauch, steigender Weizenkonsum belastet die Wirtschaftsbilanz



Binnenmarkt und Arbeitslohn.

Von dem Absatz heimischer Erzeugnisse auf dem Binnenmarkt hängt also bis zu einem gewissen Grad die Lage auf dem Arbeitsmarkt ab. Geht infolge übermäßiger Zufuhren aus dem Auslande der Absatz heimischer Erzeugnisse auf dem eigenen Wirtschaftsgebiet zurück, ohne daß es gelingt, entsprechende Absatzmöglichkeiten nach außen zu öffnen, dann wird notwendig in den betroffenen Wirtschaftszweigen früher oder später der Beschäftigungsgrad zurückgehen. Jede Einfuhr, die im volkswirtschaftlichen Sinne nicht notwendig ist, nimmt deutschen Arbeitskräften Arbeitsgelegenheit und Brot. Erst berechnen läßt sich

allerdings der Einfluß auf den Arbeitsmarkt nicht, den überhöhte Einfuhr ausübt. Nur eine ungefähre Größenvorstellung kann gegeben werden. Nehmen wir an, daß in den Einfuhrverträgen zu einem Drittel Arbeitslöcher enthalten sind, so ergibt sich über die Zusammenhänge zwischen Einfuhr und Arbeitsmarkt folgendes Bild: Von einem Einfuhrbetrage von beispielsweise 300 Millionen RM, entfallen (jeweils der Import nach industriellen Erzeugnissen in Frage nicht, schätzungsweise 100 Millionen RM, auf Arbeitslöcher, 100 Millionen RM der Jahresleistung von rund 50 000 Arbeitern. Gelingt es also in Zukunft, die Einfuhr fremder Industrieprodukte zu verringern, dann besteht die Möglichkeit, daß für je 300 Millionen RM. Einfuhrminderung etwa 50 000 Arbeiter im Inlande mehr beschäftigt werden können. Oder, anders ausgedrückt: eine Einfuhr von 6000 RM. jährlich legt eine gewöhnliche Arbeitskraft frei. Auf die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte läßt sich diese Berechnungsmethode allerdings nicht mechanisch anwenden. Um den anders gelagerten Produktions- und Einkommensverhältnissen in der Landwirtschaft Rechnung zu tragen, sei folgende Berechnung angeführt: Legt man den Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung (einfach Gartenbau, Fischerei und Forstwirtschaft) in Höhe von etwa 13 Milliarden jährlich auf den Kopf der in der Landwirtschaft hauptberuflich Tätigen um, so ergibt sich ein Produktionswert von rund 1500 RM. je Kopf. Das ist eine wesentlich geringere Erzeugungsquote als in der Industrie. Der Unterschied zwischen dem Erzeugungswert je Kopf in der Industrie und der Landwirtschaft erklärt sich, abgesehen von verschiedenartigen Preisverhältnissen, im wesentlichen aus der geringeren Maschinenanwendung in der Landwirtschaft. Produktionswerte sind nun nicht ohne weiteres mit Einfuhrwerten zu vergleichen.

Handelsposten, Transportkosten u. a. müssen hinzugezählt werden. Bei roher Schätzung können wir also sagen: eine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse von durchschnittlich 2250 RM. jährlich legt eine Arbeitskraft im Inlande frei.

Es sei davon abgesehen, auf dieser schwankenden Grundlage eine Schätzung anzustellen wie viele unserer notleidenden, arbeitswilligen, aber durch die Unangabe der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Felern gezwungenen Arbeitskräfte insgesamt wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden könnten, wenn der Binnenmarkt aufnahmefähiger und aufnahmewilliger für deutsche Erzeugnisse wäre, als es zur Zeit ist. Daß aber Hunderttausende bauend Beschäftigung finden würden, wenn wir unsere Einfuhrbedürfnisse etwas rationaler auf die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft abstellen würden, kann keinem Zweifel unterliegen.

lichen Fälle, die Deutschland im Jahre 1930 zur Behebung akuter Notstände eingeführt hat, bedeuten, auf längere Sicht gesehen, nichts anderes als eine Schenke, wenn man will: eine Atempause für die Landwirtschaft. Es soll der Landwirtschaft Gelegenheit gegeben werden, die eigene Erzeugung von Lebensmitteln in absehbarer Zeit nach Menge und Güte so weit zu steigern, daß heimische Ware mit der hochwertigen ausländischen Konkurrenz mithalten kann.

Einer wirtschaftlichen Abhängigkeit unseres Landes vom Ausland soll also durchaus nach das Wort gegeben werden. Ein gesunder Wettbewerb ist an sich nützlich und für manche heimische Gewerbegebiete sogar in hohem Grade förderlich. Auch muß man sich darüber klar sein: wer nach dem Ausland verfahren will, muß auch vom Ausland kaufen. Deutschland ist nun einmal auf Geduld und Duerber in Welthandel und Wettbewerb verflochten. Aus den Gesamtbedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft wäre also ein System von Höchstzollsätzen oder gar Einfuhrverboten indiskutabel. Wie die Dinge jedoch liegen, bed der schwierigen Lage des reparationsbelasteten Deutschland, den Hemmnissen, mit denen unsere Ausfuhr rechnen muß, der daraus resultierenden Notwendigkeit, den Absatz heimischer Erzeugnisse im Lande selbst zu fördern — aus alledem ergibt sich für uns die dringende Veranlassung, unsere Einfuhrkonten nicht unnötig zu belasten.



Ansätze landwirtschaftlicher Selbsthilfe

Zur Steigerung und Verbesserung der Milchherzeugung

daß sich das Preisniveau seit der Vorkriegszeit infolge der internationalen Goldentwertung um rund 40 p. H. gehoben hätte (gemessen am Großhandelsindex) — folgte überdies berichtet von der Entwicklung einiger Hauptposten der fertigen Wareneinfuhr:

Einfuhr wichtiger Industrieerzeugnisse in Millionen M. bzw. RM.

	1913	1928	1929
Gewebe aller Art (aus Seide, Kammseide, Wolle, Baumwolle, Glasfasern)	169,5	311,8	297,9
Kleidung und Wäsche	9,8	24,8	25,0
Leber	39,8	98,4	84,5
Schuhwerk, Sattlerei und andere Lederwaren	20,2	63,6	43,8
Möbel und andere Holzwaren	24,6	47,0	43,1
Ton- und Porzellanwaren (außer Ziegeln)	3,9	19,0	16,1
Glas und Glaswaren	17,1	32,5	34,3
Waren aus Eisen	69,2	156,5	285,7
Maschinen	86,4	166,5	137,3
Kraftfahrzeuge und Kraftfahräder	14,5	81,2	59,6

Mittel der Einfuhrminderung.

Obt es eine Möglichkeit, diese schädlichen Einflüsse überhöhter Einfuhr zurückzudämmen oder aufzuheben? Die staatliche Einfuhr- und Zollpolitik bietet weitgehende Möglichkeiten, die Einfuhr zu beeinflussen. Wie weit aber diese Möglichkeiten ausgenutzt werden können ohne Schädigung der gesamtwirtschaftlichen Interessen, ist eine andere Frage. Einfuhrverbote, dieses rigoroöse, aber auch primitive Mittel staatlicher Einfuhrkontrolle, scheiden aus ernsthafter Erörterung aus — abgesehen von unerwünschten sozialen und volkswirtschaftlichen Nebenwirkungen schon deshalb, weil die Gefahr ausländischer Verteilungsmaßnahmen bestünde. Ebenso wenig kann ein Boykott fremder Waren in Erwägung gezogen werden. Auch über die Wirkung von Zöllen wird man verschiedener Meinung sein können, wie überhaupt über alle jene Methoden, die zwangsweise und durch staatliche Eingriffe ausländische Waren den Grenzen fernzubalancieren suchen. Auch die landwirtschaftli-

Selbst wenn man Preissteigerungen von durchschnittlich 40 v. H. gegenüber der Vorkriegszeit in Rechnung stellt: Die Einfuhr wichtiger Fertigerwaren von 1928 und 1929 übersteigt in jedem Falle die von 1913 erheblich. Und das, obwohl im deutschen Zollgebiet 1928 bzw. 1929 nur etwa 6 1/2, 1913 hingegen 7 Millionen Menschen zu versorgen waren. Die leben: Bevölkerungsvermehrung begründet nicht den Mehrbedarf an Auslandsware.

Hauptposten der Lebensmittelzufuhr.

Was für das Gebiet der industriellen Erzeugnisse festgelegt wurde, gilt in höherem Grade für die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte. Denn hier handelt es sich um unerschöpflich höhere Werte, die für die Sättigung unserer Handels- und Zahlungsbilanz ausschlaggebend sind. Mit der Frage nach dem Absatz heimischer Agrarerzeugnisse berühren wir das Kernproblem des Binnenmarktes.

Jahr für Jahr sind allein für die Versorgung unserer Bevölkerung mit Lebens- und Genussmitteln Milliardenbeträge ins Ausland gewandert. Durchschnittlich wurden fast 1924 jährlich für fast 3 1/2 Milliarden ausländischer Agrarprodukte mehr eingeführt als ausgeführt. Ein Einfuhrüberschuß bei dieser Warengruppe ist zwar heute noch im Interesse der ausreichenden Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln unermesslich. Trotzdem liegen sich auch hier Hunderte von Millionen ersparen, wenn der deutsche Verbraucher wenigstens dann deutschen Erzeugnissen den Vorrang geben würde, wenn sie den ausländischen in Güte und Preis gleichwertig sind.

In diesem Einfuhrüberschuß von durchschnittlich 3 1/2 Milliarden jährlich stecken viele Millionen für Produkte, die zu gleichem Preise und in gleicher Güte auch im Inland erzeugt werden oder zum mindesten erzeugt werden können, wenn die nötigen Vorbedingungen durch Hebung der Qualität und durch Schaffung von Markenartikeln (Standardisierung) geschaffen würden. Die Einfuhrersatzlich einiger besonders wichtiger Lebensmittelarten gibt Aufschluß über die gewaltigen Summen, die auf diese Weise der deutschen Volkswirtschaft zu großen Teilen erhalten bleiben könnten.

Deutschlands Einfuhr an wichtigen Lebensmitteln (Einfuhrüberschüsse) in Millionen RM.

	1927	1928	1929
Weizen	655,98	512,16	587,12
Gemüse	98,54	154,56	157,92
Obst	169,58	215,89	204,10
Süßfrüchte	206,78	291,48	245,20
Fleisch, Speck, Würste	216,40	162,22	150,56
Milch, Butter und Käse	494,17	550,00	569,60
Eier	275,47	295,67	279,76

Die einheimische Produktion, gefördert durch staatliche Hilfsmassnahmen, ist fasttäglich aus Werk gegangen, die Einfuhr nach Möglichkeit herabzumindern. Einzelne Teilausschnitte aus besonders wichtigen Gebieten der Ernährungswirtschaft seien im folgenden in knappen Umrissen dargestellt.

Das Roggen-Weizen-Problem.

Was zunächst den Einfuhrüberschuß von Weizen betrifft, so ist er zwar im Jahre 1929 infolge der guten Ernten der letzten Jahre zurückgegangen; er ist aber für ein Land in der Lage des reparationsverlusten Deutschland immer noch beträchtlich genug. Allgemein ist der Brotkonsum in Deutschland — das zeigt das Schaubild „Das Roggenproblem“ — stark gesunken, eine Folge geänderter Lebensweise der Bevölkerung, die sich in zunehmendem Maße vom Brotkonsum abgewandt hat. Aber auch innerhalb des Brotkonsums ist eine volkswirtschaftlich höchst unerwünschte Wandlung eingetreten: der Roggenverbrauch geht zugunsten des Weizenkonsums zurück. Dieser Verbrauchsverfälschung kann sich die Landwirtschaft in Deutschland aus mancherlei Gründen nur zu einem

Teil und auch nur unter großen Schwierigkeiten anpassen. Bodenbeschaffenheit und Klima erschweren die Umstellung vom Roggen zum Weizenanbau, schließen sie sogar in manchen landwirtschaftlichen Deutschlands, namentlich im Oben, pfeilsack aus. Überdies wird sie durch die starke Kapitalintensivität in der Landwirtschaft gebremst; erfordert doch der Weizenanbau in der Regel weitaus größeren Aufwand an Geldmitteln als die Bepflanzung des Acker mit Roggen. Die Lage ist also denbar ungünstig; etwa gleichbleibende Roggenproduktion während des letzten Jahrzehnts stellt ständig findendem Roggenverbrauch gegenüber. Das wichtigste Produkt des heimischen Acker, der Roggen, bleibt zum Teil unverbraucht; überflüssiger Weizen wird dafür in großen Mengen zur Erhebung des Volkes ins Land geholt. Sich diesen veränderten Abjahrenverhältnissen föhre wie möglich anzupassen, und zwar durch fortschreitenden Übergang vom Roggen zum Weizenanbau, wird Aufgabe der Landwirtschaft sein müssen — trotz der unumkehrlich großen Schwierigkeiten eines solchen Anpassungsprozesses. Auf dem Wege einer Produktionsumstellung allein wird jedoch das Roggenproblem in Deutschland kaum zu lösen sein. Auch der Konsument wird mitarbeiten müssen. Zwar entbehrt die Wandlung im Brotgetreideverbrauch keineswegs tieferer Ursachen — es wurde bereits daran angedeutet, daß die namentlich mit dem veränderten Lebensbedingungen in den Großstädten zusammenhängt —, der Versuch muß der Versuch gemacht werden, hier Wandel zu schaffen und den Roggenverbrauch gegenüber dem Weizenverzehr wieder zu heben.



Hauptposten des Einfuhrbetrages 1929:



Werte in Millionen RM.

Molkereiprodukte.

Stärker noch als die Weizenzufuhr schlägt die hohe Einfuhrziffer von Molkereiprodukten zu Buch. Für uns eine hohe Milliarden Reichsmark sind im Durchschnitt in den letzten Jahren an Kondensiermilch und Sterilisierte Milch, an dänischer Butter, holländischen, französischen und Schweizer Käse eingeführt worden. Klagt die Verminderung dieser Einfuhrziffer im Bereich der Möglichkeit? Der deutsche Milchbestand hat jahrelang die verheerenden Wirkungen der Kriegsjahre und ersten Nachkriegsjahre überstanden. Durch seine rasenmäßige Verbesserung und Durchzüchtung sind zugleich die Grundlagen gelegt worden, die Milchzeugung so zu steigern und zu verbessern, daß man allmählich einer Deckung des Bedarfs durch eigene Produktion näherkommt.

Gartenbauerezeugnisse.

Noch erheblich mehr als für Molkereiprodukte wurde in den letzten Jahren für ausländische Gartenbauerezeugnisse und Süßfrüchte ausgegeben. Obgleich ein Volkswirtschaftsmittel geworden. Den Vorzug zu Jahr steigt der Verbrauch. Der heimische Gartenbau für seine Erzeugnisse nicht in einer den Wünschen des Handels und Verbrauchers entsprechenden einseitigen Aufzucht auf den Markt. Im Gemüßbau wurde ebenfalls lange Zeit verabsäumt, sich den Ansprüchen des kaufenden Publikums anzupassen. Die Folge war, daß eine Überbewertung des Marktes mit ausländischen Erzeugnissen einsetzte.

Man könnte einwenden, es befänden sich darunter Produkte, die nicht in Deutschland angebaut werden. Man könnte ferner sagen, der deutsche Gemüse- und Obstbau werde nicht den steigenden Inlandsbedarf. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß diese Zufuhren für Deutschland zu folgeschwerlich sind. Man soll nur den Bogen nicht überspannen und dem deutschen Verbraucher nicht verlangen, er solle auf alle Früchte eines fühlbaren Klimas, namentlich auf Apfelsinen und Zitronen, verzichten. Schon im Interesse der Volkswirtschaft wäre der Versuch, auf den Genuß von Süßfrüchten nicht zu verzichten. Wohl aber wird ein gewisses Maßhalten auch hier angebracht sein. Vor allem aber wird es darauf ankommen, die Einfuhr solcher Gartenbauerezeugnisse, die auch im Inland hergestellt werden können, mehr und mehr entbehrlich zu machen. Seit Jahren arbeitet der deutsche Gartenbau an dem Ziel der Steigerung und Verbesserung der Produktion. Um der Konkurrenz des Auslandes wirksam zu begegnen, ist man vor allem darauf bedacht, das Obst sachgemäß und einheitlich zu sortieren und zu verpacken. Im Ge-

milfbau hat man mit gleichen Mitteln bereits gewisse Erfolge erzielt.

Eierproduktion.

Ein weites Tätigkeitsfeld für Reformarbeiten bietet auch die deutsche Eierproduktion. Die Umstellung der deutschen Hühnerzucht auf bessere Rassen mit erhöhter Eigelegelung ist in Angriff genommen. Eine besondere Förderung des Verbrauchers ist, nur gute und frische Ware auf dem Markt zu erhalten. Heute erhält man bereits in den Lebensmittelgeschäften Eier mit Garantieempfehl der einzelnen Landwirtschaftskammern bzw. Genossenschaften. Der Stempel verbürgt Qualität und Frische der Ware. Der Verbraucher hat nunmehr die Möglichkeit, auch auf diesem Gebiet an der Herabminderung der Einfuhr mitzubeteiligen, ohne seine Ansprüche an die Güte der Ware herabmindern zu brauchen.

Aufgaben der Landwirtschaft. —
Mittels des Verbrauchers.

Die überhöhte Einfuhr aller hier behandelten Lebensmittel beruht auf den gleichen Ursachen. Begünstigt durch wirtschaftliche und klimatische Verhältnisse, gefördert durch bessere Kapitalausstattungen, hatten große Teile des Auslandes nach Kriegsende die Qualität ihrer Agrarproduktion erheblich gesteigert, sie aufs engste den Bedürfnissen der Verbraucher angepaßt. Das ging so weit, daß auch bei der Sortierung und Verpackung der Ware dem wechselnden Publikumsgeschmack weitgehend Rechnung getragen wurde. Diesen Vorkurs der Landwirtschaft, allen Hemmnissen zum Trotz sind erfolgsversprechende Schritte eingeleitet worden. Es gilt, den Markt mit Nahrungsmitteln in hinreichender Menge und in besserer Beschaffenheit zu beliefern. Das ist die selbstverständliche Voraussetzung, wenn die Überflutung des Marktes mit ausländischen Erzeugnissen eingebremst werden soll.

Diese Bestrebungen der Produktion aber, die der Staat mit allen verfügbaren Mitteln fördert, werden nur dann zum Erfolg führen können, wenn die Verbraucher ihrerseits die Bemühungen dadurch unterstützen, daß sie bei der Deckung ihres Bedarfs nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen. Nicht um eine Bevorzugung deutscher Ware um jeden Preis handelt es sich — nur wird sich der Verbraucher im Zweifelsfalle, bei der Wahl zwischen ausländischem und deutschem Erzeugnis, für das deutsche Produkt entscheiden müssen, wenn gleiche Bedingungen in bezug auf Güte und Preis vorliegen. Kein Zweifel kann darüber bestehen: Über den Erfolg aller Bestrebungen der Landwirtschaft für die Standardisierung und Qualitätsverbesserung ihrer Erzeugnisse entscheidet nicht zuletzt die Verbraucherchaft. Alles hängt davon ab, welchen Anhang die neu geschaffenen Markenartikel — handele es sich um Markenfische, Markenbrot, -eier, um fortiertes, gleichmäßig verpacktes Obst oder andere Standardprodukte — in den breiten Konsumtenschichten finden werden.

Landwirtschaft und Binnenmarkt.

Von der Forderung der Landwirtschaft hängt bis zu einem hohen Grade das Schicksal der Volkswirtschaft ab. Zunächst wird durch die Kräftigung der Landwirtschaft und dadurch, daß die Einfuhr von Nahrungsmitteln in zunehmendem Maße überflüssig gemacht wird, die Bilanz des Außenhandels entscheidend beeinflusst. Seltener es, den Einfuhrüberschuß an Lebensmitteln zu senken, denn entgegen der Einfuhrziele der deutschen Handelsbilanz beträchtlich, verbessern die deutsche Zahlungsbilanz. Mit anderen

Worten: wir helfen von dieser Seite her die erforderlichen Außenhandelsüberschüsse herauszuwickeln, die lediglich auf dem Wege der Exportlieferung in absehbarer Zeit nicht erzielbar sind.

Nicht weniger bedeutsam ist die andere Seite landwirtschaftlicher Gefundung. Der Landwirt ist nicht nur Produzent, sondern auch Konjunktur; nicht nur Verkäufer, sondern auch Käufer. Für seinen Betrieb braucht er Düngemittel, Geräte, Maschinen und Hilfsmitel aller Art; für seinen Haushalt sind Verbrauchsartikel wie Mehl, Schokolade u. a. m. notwendig. Eine kaufkräftige Landwirtschaft ist ein ausschlaggebend wichtiger Kunde für Industrie und Handwerk. Kaufen die Geldbeträge, die heute noch für ausländische Lebensmittel über die Grenzen fließen, vorwiegend durch die deutsche Landwirtschaft, dann bekommt der Bauer mehr Geld in die Hände, und er wird entsprechend mehr kaufen können. So wird eine Befruchtung der landwirtschaftlichen Lage ihre günstigsten Wirkungen auf das gesamte Wirtschaftslieben ausstrahlen. Dem Handwerker wird damit ebenso gedient sein wie der Industrie.

Herabminderung der Arbeitslosigkeit ist eine weitere Folge erhöhter Kaufkraft der ländlichen wie der städtischen Verbraucherchaft. Denn jeder Mehrauftrag an das Gewerbe setzt sich um in vermehrte Arbeitsmöglichkeit. So wird das Sanierungswert an der deutschen Landwirtschaft, an der auch der Verbraucher teilhat, zum Angelpunkt des gesamten Binnenmarktes.

Ausgleich von Binnenmarkt- und Ausfahrinteresse.

Eine klarsichtige Politik der Stärkung des Binnenmarktes wird, neben der Erhaltung der inneren Kaufkraft in Stadt und Land, auf eine Förderung und Verbesserung der Erzeugung, insbesondere der Erzeugung von Nahrungsmitteln, hinauslaufen müssen. Es muß Wert auf Qualitätsherstellung gelegt werden. Nur so ist erreichbar, daß deutsche Produkte nicht durch bessere Auslandsereignisse verdrängt werden. Im gleichen Maße, in dem es gelingt, Einfuhr durch Eigenproduktion zu ersetzen, wird zwei großen nationalwirtschaftlichen Zwecken gedient:

der Arbeitsmarkt wird entlastet, die Wirtschaftslage aktiviert. Darum auch ist die Stärkung des inneren Marktes aufs engste verflochten mit der Lösung der Kernprobleme unseres Landes. Jeder Vorgang im volkswirtschaftlichen Getriebe ist mit dem anderen verknüpft: Produktion, Absatz nach Innen und außen, Arbeitsmarkt, Agrarwirtschaft, Kapitalbildung — sie alle greifen ineinander, haben in inmaliger Wechselwirkung. Alle Probleme der Gütererzeugung und des Güterverbrauchs hängen sich zusammen zu jener großen Einheit, von der unser aller Wohlfahrt abhängt: dem Schicksal der Volkswirtschaft.

Export ist nur möglich auf der Grundlage eines gesunden Binnenmarktes. Beide, Ausfuhr und innerer Markt, werden sich sinnvoll zu ergänzen haben; beide bedürfen pflegerischer Behandlung. Der Binnenmarkt, ein Schnittpunkt vielfachfältiger wirtschaftlicher Beziehungen; ein Kraftzentrum, von dem starke Impulse auf die gesamte Wirtschaft ausstrahlen; das gewaltige Aufnahmehelden für die weitaus überwiegende Menge heimischer Erzeugung — der Export, der nicht jäh genug zu fördernde Träger des Auslandsabzuges; der Schimmer volkswirtschaftlicher Überschüsse; der Defizitenbringer. Wenn die inländische Kaufkraft, nehmen die 66 Millionen Deutsche in demselben Maße Erzeugnisse heimischer Arbeit ab, so wirkt sich das unmittelbar auf Handel und Produktion aus. Sinkt die Eigenproduktion in volkswirtschaftlich unerwünschten Verhältnis zur Einfuhr, geht der Absatz landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse auf dem inländischen Markt



zurück, so sinken naturnotwendig die volkswirtschaftlichen Einkünfte, erfolgen Betriebseinschränkungen und Stilllegungen, werden Arbeitnehmer freigesetzt. Arbeitslose wiederum beschränken zwangsläufig ihre Einkünfte an Bedarfsgütern und Lebensmitteln auf ein Minimum, verringern damit erneut die Absatzmöglichkeiten für einheimische Erzeugnisse. So treibt ein Keil den andern, entsteht ein verhängnisvoller Kreislauf, für die reparations- und schuldenbelastete deutsche Volkswirtschaft ergibt sich aus alledem klar das Befehl des Handelns: alles zu tun, um die Eigenproduktion zu steigern und zu verbessern; den Binnenmarkt zu kräftigen, ohne den Export zu benachteiligen.

Es lassen sich die Aufgaben für die Volkswirtschaft — der Staat und die Produktion, unterteilt nach verlässlichen Kriterien — erhalten der Verbraucher — auch so formulieren: der innere Markt ist für die Erzeugung heimischer Arbeit unabsehbar zu gestalten — und zugleich muß die Industrie befähigt werden, die Volkswirtschaft zu überwinden, die kurzfristige Protektionismus in der Welt aufgerichtet hat. Es gibt kein Land, dem, angesichts seiner Gesamtlage, dieser Ausgleich von Binnenmarkt- und Exportinteresse so gemäß wäre, aber auch mit so unerbittlicher Logik aufzuzwingen würde wie dem reparations- und schuldenbelasteten Deutschland. Arbeitsnot und Tributlast erfordern ihn gleichermaßen.

Kärnten und Deutschland.

Von Bundesminister Ing. Vinzenz Schumy (Wien).

In der Vorkriegszeit war man sich im Deutschen Reich der Stellung Kärntens in nationaler Richtung nicht recht bewußt. Dazu trug wohl der Umstand bei, daß kleinere und größere deutsche Siedlungen sich weit hinauf bis an den Balkan erstreckten und des Einflusses beider Kultur und Sitten unteilbar bis an die Adria reichte. Als der Friedensvertrag von St. Germain die nummerierte neue Südgrenze Österreichs brachte, wurde es erst allgemein klar, daß Kärnten die Stellung einer deutschen Grenzmark nach Süden zukommt. Die Bergfeste der Karawanken bezeichnet die Südgrenze des deutschen Landes. Dieser Grenzzug war in den Jahren 1919 und 1920 Gegenstand heftiger Kämpfe zwischen den Kärntnern und ihrem südslawischen Nachbarn. Durch harte und wechselvolle kriegerische Auseinandersetzungen und durch die geschätzte Jungsprachnahme freundschaftlicher Hilfe mächtiger Faktoren gelang es, den Volksentscheid herbeizuführen. Die Volksabstimmung brachte einen vollen Erfolg und sicherte den Kärntnern die Unteilbarkeit ihres Landes. — Damit hat Kärnten den Stammeserben des Deutschen Sprach- und Kulturgebietes den Beweis geliefert, daß es seiner nationalen Pflicht in enger Zeit bewußt war.

Bis in die heutige Zeit reichen die Spuren der einstigen slawischen Herrschaft in Kärnten, und überall im Lande, und zwar nicht allein nur im rein deutschen Gebiete, sondern auch in den gemischtprachigen Gegenden, ist der Einfluß slawischer und slawischer Art zu bemerken. — Im 8. Jahrhundert reichten die slawischen Siedlungen bis nach Obersteiermark, Kainau und Ostirol. Heute ist nur mehr die südböhmische Gasse von Kärnten doppelsprachig, und selbst hier überwiegt unter den Slowenen das deutschfreundliche Element, also jene Menschenhülle, der sich bewußt dem deutschen Kulturkreis eingegliedert und mit den Deutschen Schulter an Schulter am Deutschlands Südgrenze gekämpft hat. — Kärnten hat den Beweis erbracht, daß es den Sinn seines nationalen Verweganges verstanden hat und daß der natürliche Verlauf der Dinge

dazu führen mußte, Kärnten als Wächter deutscher Art im Süden erleben zu lassen.

Die Sendung Kärntens wurde im Reiche zur Zeit der Abhimungsbewegung richtig erkannt. Der Deutsche Schutzbund nahm sich der Vorbereitungsarbeiten für die Abstimmung mit viel Wärme an, und wenn auch die materielle Hilfe angelehrt der anderen großen Aufgaben nicht den Vorschlag geben konnte, so war doch die moralische Unterstützung in dieser schweren Zeit von allergrößtem Wert. Die Abstimmungsgeschichte hat Kärnten dem Deutschen Reiche erst nahegebracht. Seither wird das Land in der deutschen Presse gerne ge würdigt, und man hört nicht mehr da und dort auf eine solche Unkenntnis der Verhältnisse. Es ist erfreulich festzustellen, daß das Interesse für das Land in einem steigenden deutschen Fremdenverkehr sichtbaren Ausdruck findet. Und wer Kärnten einmal besucht hat, weiß von den Schönheiten dieses Landes, den Seen und den Kiefern zu erzählen. . . Die sich so erfreulich gehaltenen Beziehungen zwischen dem Reich und Kärnten finden eine wertvolle Ergänzung in der zunehmenden Vertiefung der geistlichen und kulturellen Beziehungen. So zeigt Deutschland auch besonderes Interesse für die Regelung der Minderheitenfrage in Kärnten. Das Land ist sorgsam darauf bedacht, in der Minderheitenfrage die besonderen Verhältnisse des Landes zu beachten und den Grundsatz der freien Entscheidung des einzelnen zu wahren. Dasselbe ist dieser Gesichtspunkt vom Standpunkte der deutschen Minderheiten in Europa nicht sehr befriedigend. Der Umstand aber, daß gerade an Großdeutschlands Südgrenze der natürliche nationale Entwicklungsprozess, nicht künstlich gehemmt werden soll, spricht dafür, daß vom Lande nicht mehr verlangt wird, als es vom Standpunkte seines Landesinteresses aus glaubt verwirklichen zu können. — Der 10. Jahrestag der Volksabstimmung in Kärnten ist ein Feiertag für ganz Deutschland. Der Rückblick auf das abgelaufene Jahrzehnt gibt uns die Gewißheit, daß Kärnten treu Wacht hält!



Wielberg



Vorflaß am Murrer See

Kärntens Freiheitskampf.

Zum zehnten Gedenktag der Volksabstimmung.

Von Ministerialrat a. D. Friedrich F. Kleinwachter (Klagenfurt).

Das österreichische Bundesland Kärnten umfaßt in seiner heutigen Gestalt ein Gebiet von 9530 km² mit einer Bevölkerung von 570 748 Einwohnern, darunter 57 224, also 10 v. H. Slowenen (Volkszählung vom 7. März 1923). Die Grenzen verlaufen fast durchwegs an den Kärntnern der das Land umschließenden Gebirge. Insbesondere gegen den slawischen Süden ist das Land durch die Karawanken abgegrenzt, einer Gebirgskette, die nur über drei, mehr als 1000 m hoch gelegenen Pässe überfahrbar ist. Die einzige Bahnverbindung nach dem slawischen Süden durchdringt diese Grenzmarken in dem 1908 erbauten 2016 m langen Rosenbach-

Tunnel. So bildet das Land ein gleichsam schon von der Natur geschaffenes, scharf umrissenes einheitliches Siedlungsgebiet.

Diese geographische Gestalt war entscheidend für die nationalpolitische Entwicklung seiner Bewohner.

Die Ende des 6. Jahrhunderts in die Obalpen eingemauerten slawischen Stämme drangen bis nach Kärnten vor. Im 750 rufen die in Kärnten festhaft gewordenen Slaven — Winben, Windische oder Slowenen genannt — die benachbarten Bayern zu Hilfe gegen die Avaren. Die Bayern befreien das Land. Damit beginnt die Germanisierung des Landes, das allmählich von einwandernden

deutschen Siedlern durchdrungen wird. Diese Durchdringung bedeutet jedoch keineswegs eine gemeinsame Eroberung, sondern eine friedliche Besiedlung weiter herrschenloser Gebiete des äußerst dünn besiedelten Landes. Die Slowenen wurden von den deutschen Einwanderern auch keineswegs entrechtet, sondern lebten als gleichberechtigte Genossen mit den Deutschen. In diesem Zusammenleben übernahmen sie von den höher kultivierten Deutschen nicht nur zahlreiche Einrichtungen und Gebäude, sondern auch deutsche Werte in ihrer Sprache, ja vielschichtig überhaupt die deutsche Sprache.



Willaoh, Unterstepfengasse

So rückte das Deutschtum allmählich vor, bis nur noch der südöstliche Teil des Landes von Slowenen bewohnt blieb. Das slowenische Siedlungsgebiet darf man sich jedoch nicht als ein geschlossenes Siedlungsgebiet vorstellen. Zum durchdringender gemischt wohnen die beiden Völker nebeneinander, so daß eine Sprachgrenze überhaupt nicht zu ziehen ist. Diese geographischen und geschichtlichen Tatsachen haben es mit sich gebracht, daß hier Deutsche und Slowenen sich als Angehörige des Landes, als Kärntner, fühlten. Von der letzten Weltkriege bis in die neueste Zeit ungetört. Erst der erwachende Nationalismus des 19. Jahrhunderts weckte das slavische Nationalbewußtsein der Slowenen. Aber auch diese Entwicklung hätte den Frieden des Landes nicht gestört, wenn nicht die südböhmischen Karawanken gescheiterten Krainer Slowenen eine nationale Propaganda zur Wiedereingliederung ihrer „unerlösten Brüder“ nach Kärnten getragen hätten, freilich ohne entscheidende Erfolge. Denn die durch Jahrhunderte getrennte Entwicklung der Kärntner Slowenen hatte es mit sich gebracht, daß sich diese ihren deutschen Landesgenossen enger verbunden fühlten, als ihren Stammesgenossen in Krain. Dazu kam noch, daß die Kärntner Slowenen im Mandat des Völkerrates — sich noch dem in Krain gesprochenen Slowenisch — so weitgehend untereinander, daß der Kärntner Slowene sich mit dem Krainer Slowenen kaum verstandigen kann.

Eine entscheidende Wendung trat mit dem Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie ein. — Die Slowenen südlich der Karawanken wurden mit den Kroaten und Serben im neuen südslawischen Staat vereint. Nun forderten sie förmlich auch die Vereinigung der Kärntner Slowenen mit Südslawen. Die in Salzburg gebildete slowenische Nationalregierung verlangte das ganze Land Kärnten bis zur Tauernengasse im Norden, obwohl die Zahl der Slowenen in Kärnten bloß 10 v. H. der Bevölkerung beträgt. Schließlich „begünstigt“ sich die slowenische Vertreter in Paris mit dem südböhmischen Teile des Landes, einschließlich der rein deutschen Städte Willaoh, Klagenfurt und St. Paul und weiter reindeutscher Landgebiete.

In Kärnten selbst hielt man diese Ansprüche für so unfinnig, daß man sie öfter gar nicht ernst nahm. Außerdem vertraute man damals noch auf das vom Präsidenten Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker. Wie ernst die Lage aber war, sollte bald zeigen. Südslawische Truppen drangen schon Ende des Jahres 1918 in Kärnten ein, mit der Absicht, durch Befreiung der benachbarten Gebiete eine fertige Aufgabe zu schaffen. Angesichts dieser Gewalttat ermahnte der Oberland der Kärntner.

Am 3. Dezember 1918 beschloß die vorläufige Kärntner Landesversammlung den bewaffneten Widerstand. Das ganze Volk erhob sich zur Befreiung des Landes. Deutsche und „Windhülse“ ohne Unterscheid der Partei und des Alters; Bauern, Arbeiter, Studenten und Beamte, Väter und Söhne griffen zu den Waffen. Frauen halfen im Sanitätsdienst. Kinder trugen Munition und Verpflegung in die Gefechtslinien.

Auf diesen Widerstand waren die Einbringlinge nicht gefaßt. Sie wichen zurück. Bis auf einen Gebietsstreifen im Süden war das Land wieder frei.

Hand in Hand mit dem Kampf der Waffen ging der geistige Kampf. Der zu diesem Zweck geschaffene Nationalpolitische Ausschuss, dem Vertreter aller Parteien angehörten, leitete eine großartige Aufklärungskampagne ein, die die ganze politische Welt, vor allem ihre Presse über die Lage des Landes und seinen wahren Willen aufklären sollte. Es gelang, eine amerikanische Mission nach Kärnten zu bringen, die das Land bereiste, um die Verhältnisse an

Ort und Stelle kennenzulernen. In ihrem an die amerikanische Friedensdelegation erlassenen Bericht stellte sie die Unliebbarkeit des Landes und die Abneigung seiner Bevölkerung, mit Südslawen vereinigt zu werden, fest.

Inzwischen wurde in Paris in einer unter dem Vorsitz des französischen Kardinalen gehaltenen Kommission mit den südslawischen Vertretern über die Kärntner Grenzfragen verhandelt. Die Amerikaner schlugen die Karawankengrenze vor. Die Engländer standen der Sache kühl gegenüber, neigten aber dem amerikanischen Standpunkt zu. Die Italiener bewilligten aus eigenen strategischen Gründen die Karawankengrenze. Die Franzosen fanden auf der Seite der Südslawen.

Als die Südslawen von der Haltung der Kommission erfuhr, beschloßen sie, ermuntert vom Marschall Foch, einer für sie ungünstigen Entscheidung durch Gewalt zuvor zu kommen. Am 29. April 1919 gingen sie unter Druck des inzwischen geschlossenen Waffenstillstandes, zum Angriff über. Infolge des überalldurchgeführten Angriffes erzielten sie anfangs Erfolge. Man griffen die Kärntner, unterteilt in Freiwildigen aus Celso und Steiermark, abermals zu den Waffen. Schon am nächsten Tag war der feind zurückgeworfen und in wenigen weiteren Tagen über die Karawankengrenze gejagt. Auf dringende Aufforderung der Zentralregierung in Wien, die von einem weiteren Vordringen der Kärntner ernste Folgen befürchtete, blieben die Kärntner Truppen an der Karawankengrenze stehen.

Der erfolgreiche Abwehrkampf hatte in Paris tiefen Eindruck gemacht. Er hatte bewiesen, daß die Behauptung der südslawischen Vertreter, Kärnten schne die Vereinigung mit Südslawen herbei, falsch war. Die Entente kam zu der Erkenntnis, daß einem Volk, das so hartnäckig seine Freiheit verteidigt, das Selbstbestimmungsrecht nicht verweigert werden kann. Präsident Wilson entschloß sich, eine Volksabstimmung zuzulassen. Daraufhin gingen die Südslawen neuerdings zum Angriff vor. Zum drittenmal verurteilten sie es, das strittige Gebiet mit Gewalt zu gewinnen. Diesmal rückte

eine reguläre, den Kärntner Truppen zehn- bis zwölffach überlegene serbische Armee von neun Infanterieregimentern mit harter Artillerie gegen Kärnten vor. Unter schweren Kämpfen mußten sich die Kärntner zurückziehen. Am 6. Juni 1919 wurde die Landeshauptstadt Klagenfurt von serbischen Truppen besetzt. Am 26. Juni 1919 befohl der Oberste Rat die Errichtung einer Demarkationslinie und die Räumung des Abstimmungsgebietes, die jedoch erst am 21. Juli erfolgte, da die Südslawen die Räumung in die Länge zu ziehen verstanden.

Im Artitel 30 des Vertrages von St. Germain wurde das Abstimmungsgebiet in zwei Zonen, eine südliche und eine nördliche geteilt, die getrennt abzustimmen hätten. Sollte die Abstimmung in der ersten, südlichen Zone für Deutsch-Osterreich erfolgen, dann sollte sie die zweite, nördliche Zone ohne Abstimmung an Deutsch-Osterreich fallen. Sollte sich in der ersten Zone eine Mehrheit für Südslawen ergeben, dann sollte diese an Südslawen fallen, aber das Schicksal der zweiten Zone aber eine weitere Abstimmung entscheiden. — Bei

dem am 10. Oktober 1920 in der ersten Zone durchgeführten Abstimmungen stimmten 57 504 Stimmen für Deutsch-Osterreich und 15 279 Stimmen für Südslawen. Auf Grund dieses Ergebnisses fiel das ganze Gebiet an Deutsch-Osterreich. Wenn man berücksichtigt, daß das Abstimmungsgebiet nur und während der Abstimmung unter südslawischer Verwaltung stand, daher richtungslos Beeinflussung durch die Südslawen preisgegeben war, so gewinnt das Abstimmungsergebnis erst seine volle Bedeutung.

Das kleine tapfere Kärntner Volk, das sich mutig den Siegermächten entgegenzusetzen hatte, bewies, daß seiner Wille sich auch gegen eine Übermacht durchsetzen vermag. Ein Stück deutschen Bodens war durch die Tapferkeit seiner Bewohner für das Deutschtum gerettet worden. So weitet sich der Kärntner Freiheitskampf über die Grenzen Kärntens und Deutsch-Osterreichs zu einer großen deutschen Tat. Denn wenn heute die südböhmische Grenze deutschen Volkstums auf den Karawanken verläuft, so verdrängt das deutsche Volk die seltenen tapferen Kärntner Söhne. Darum ist die Feier der zehnjährigsten Wiederkehr der Kärntner Abstimmung nicht bloß eine Kärntner, sondern eine deutsche Feier.



Klagenfurt, vom Rosenberg aus, mit Hofburg



Das Theater in Klagenfurt

Die Minderheitenfrage vor der 11. Völkerversammlung.

Von Otto Redlinghausen, Genf.

In seiner großen Rede vom 16. September, mit der Reichsminister Dr. Curtius zum erstmalig vor den Völkervertrag, stellte er die Spitze seiner Ausführungen in die Erklärung, daß der Völkervertrag trotz aller Enttäuschungen ein wesentlicher und notwendiger Faktor der deutschen Politik bleibe, an dessen Weiterentwicklung wir mit allen Kräften mitzuarbeiten entschlossen seien. Wenn es eines Beweises bedürftig hätte, daß diese Erklärung nicht eine bloße Verheißung vor dem Völkervertrag bedeutete, vielmehr den festen Entschluß der deutschen Regierung zum Ausdruck brachte, auf dem von Stresemann vorgezeichneten Wege der Außenpolitik, unbeirrt durch wechselnde Konstellationen in der inneren Politik, fortzuschreiten, so ist dieser Beweis in eindringlicher Weise geliefert worden durch die von Dr. Curtius im Rate und in der Vollversammlung des Bundes entsandte Initiative auf dem ebenso wichtigen wie schwierigen Gebiete des Schutzes der nationalen Minderheiten.

Die von Stresemann auf der Ratstagung in Lugano eingeleitete große Aktion hatte nach langen schweren Verhandlungen dazu geführt, daß der Völkervertrag auf seiner Tagung in Madrid im Juni vorigen Jahres eine Reihe von Beschlüssen gefaßt hatte, die geeignet erschienen, eine wesentliche Verbesserung des Verfahrens bei der Behandlung der Minderheitenbeschwerden durch den Völkervertrag herbeizuführen. Darüber hinaus hatte der deutsche Schritt das wesentliche Ergebnis erzielt, die Minderheitenfrage in ihrer ausfallgebenden Bedeutung für die Schaffung eines dauernden Friedens und damit für die letzten Ziele des Völkervertrages selbst in das Licht der Weltöffentlichkeit zu rufen. Noch bei seinem letzten Auftreten in der Bundesversammlung des vergangenen Jahres hatte Stresemann es für notwendig erklärt, daß alljährlich die Vollversammlung des Völkervertrages sowie die sechs, sogenannte politische Kommissionen sich von dem jeweiligen Stande der Minderheitenfrage überzeuge.

In Ausführung dieses Vermächtnisses hat Reichsminister Dr. Curtius in der jetzt tagenden Versammlung den formellen Antrag gestellt, denjenigen Teil des zur Debatte stehenden Berichts über die Tätigkeit des Völkervertrages, der die Minderheitenfragen betrifft, der 6. Kommission für besondere Beratung zu überweisen. Daß dieser Antrag trotz einiger Bedenken selbst von wohlmeinender Seite und trotz der Zurückhaltung, die auch minderheitensüchtige Staaten sich auferlegten, von dem deutschen Vertreter eingbracht und von der Vollversammlung zum Abschluß zum Beschluß erhoben wurde, bedeutet einen entscheidenden Schritt der positiven Entschlossenheit des Minderheitenproblems. Dabei hat die deutsche Delegation in richtiger Absichtung der zur Zeit gegebenen Möglichkeiten von vornherein auf weittragende Forderungen, wie die Einrichtung einer ständigen Minderheitenkommission, verzichtet und sich auf die Erreichung eines angestrebten Zieles eingestellt. Letzten Endes kam es darauf an, eine ruhige, sachliche, dabei aber möglichst umfassende Aussprache über das Minderheitenproblem herbeizuführen, Mithingende und Unzulänglichkeiten bloßzulegen und damit der Gefahr entgegenzuwirken, daß im Völkervertrag sich die Meinung festsetzt, als ob der Minderheitenschutz eine im großen und ganzen bereits befriedigend gelöste Frage sei. Dieser Hauptzweck des deutschen Schrittes ist nach dem übereinstimmenden Urteil aller interessierten Kreise vollkommen erreicht worden. Hat doch die 6. Kommission drei volle Tage der Besprechung des Problems gewidmet, wobei nicht nur die Behandlung von Einzelbeschwerden, sondern auch die grundsätzlichen Fragen nach dem Sinn und Zweck der Minderheitensverträge und dem Umfang der dem Völkervertrag obliegenden Pflichten eingehend erörtert wurden. Hinsichtlich der Praxis gingen die heutigen Anträge über das möglichst vollständige Ausschöpfen der durch die Beschlüsse von Madrid geschaffenen Möglichkeiten. Im besonderen erhob Reichsminister v. D. Hoch-Dieser, der als ausgezeichneter Kenner des Minderheitenproblems sich der deutschen Delegation zur Verfügung gestellt hatte, in seiner Einführungsvorrede die Forderung, daß die Bestimmungen über die Annahme von Beschwerden so weitgehend wie möglich gehandhabt werden, daß die Dreierkommission, denen die Dopprüfung der Beschwerden obliegt, häufiger zusammentreten sollten, daß das Verfahren möglichst öffentlich geführt, die Beschwerdeführer bei der Beweiserhebung herangezogen und über den Ausgang ihrer Beschwerde unterrichtet werden müßten.

Den Gang der dreitägigen Debatte hier im einzelnen zu schildern, würde zu weit führen; es genügt, die wichtigsten Momente daraus festzuhalten. Zunächst darf die erfreuliche Tatsache verzeichnet werden, daß eine Reihe fremder Delegationen, so die Ver-

treter Österreichs, Ungarns, Albanens, Bulgariens, der Schweiz, Hollands, Japans und Englands, die deutschen Forderungen mehr oder weniger ausführlich aber zum mindesten eine wohlwollende und beratungsbereite Stellungnahme gegenüber dem Minderheitenproblem zum Ausdruck brachten. Auf der anderen Seite festete der erarbeitete Gegenstand von Seiten Frankreichs, Polens und der kleinen Entente in aller Schärfe ein. Briand wünschte seine ganze Vereblichkeit auf, um die deutschen Anregungen in einen nobelhaften Dank aufzulösen, wenn er auch im Gegenfall zu früher das Bestreben erkennen ließ, dem deutschen Vorgehen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Um so schärfer setzten sich die Vertreter der unter besonderen Minderheitenverträgen stehenden Staaten, so vor allem Herr Benzerli und Herr Marinoffitch, gegen jede Ausdehnung der ihnen auferlegten Verpflichtungen gegen irgendwelche Änderung der Prozedur ohne ihre vorherige Zustimmung zur Wehr und versuchten sogar, das Recht der Vollversammlung zur Behandlung der Minderheitenfrage in Zweifel zu ziehen. Dem griechischen Außenminister blieb es vorbehalten, die berichtigte Affirmationstheorie des früheren brasilianischen Vertreters Mello-franco wieder aufleben zu lassen, wonach die Minderheitenrechte lediglich dazu geschaffen seien um die völlige Verdrängung des indigenen Elementes der Mehrheitsbevölkerung ihres Wohnlandes zu erleichtern. Endlich glaubte der Pole Galinski einen besonderen Triumph auszuspielen, indem er die Frage der Ausdehnung der Minderheitenschutzbestimmungen auf alle Staaten in die Debatte warf und an die deutsche Delegation unter Hinweis auf die deutsche Polenpolitik in der Vorkriegszeit die direkte Frage richtete, ob Deutschland bereit sei, sich den gleichen Schutzbestimmungen und dem gleichen Beschwerdefahrer zu unterwerfen. Diese Ausführungen veranlaßten Reichsminister Dr. Curtius, dem deutschen Standpunkt nochmals in einer sachlich nachdrücklich, klar formulierten Rede darzulegen. Dem griechischen Vertreter verweis er auf die Ratserhandlung im März 1929, auf der sowohl Chamberlain wie Briand sich von der Affirmationstheorie distanzieren hatten, die seitdem als erledigt zu gelten habe. Gegenüber der Frage des polnischen Außenministers Galinski gal Dr. Curtius die Erklärung ab, daß Deutschland, falls das Minderheitenschutzsystem auf alle europäischen Staaten ausgedehnt werden solle, zum politischen Mitarbeiter entschlossen sei. Dies um so mehr, als durch Übernahme vertraglicher Verpflichtungen die jetzige Handhabung der Minderheitenschiedes im Deutschen Reich eine Änderung erfahren würde. Die Anspielung auf die Vergangenheit fertigte Dr. Curtius mit dem Bemerkten ab, daß es jetzt darauf ankomme, sich von dem neuen Geist, den die Minderheitenverträge schaffen wollten, in allen Staaten durchbringen zu lassen. Die scharfe Zurückweisung des polnischen Vorkisses machte sowohl auf das Komitee wie auf die zahlreiche Zuhörerschaft einen tieflichen Eindruck, rief jedoch bei der französischen und englischen Delegation aus naheliegenden Gründen starkes Unbehagen hervor und veranlaßte sie im späteren Verlauf der Debatte zu einer Verwahrung gegen den Gedanken der Ausdehnung der Minderheitenschutzverträge auf andere Staaten. Da unter den gegebenen Umständen mit der Annahme eines von deutscher Seite unterbreiteten Resolutionsentwurfs nicht zu rechnen war, haben wir uns darauf beschränkt, unseren Resolutionsentwurf dem zum Berichterstatter ernannten schweizerischen Vertreter Motta lediglich als Material zu überreichen. Entschieden sind unsere Anregungen in dem von Herrn Motta vorgelegten Bericht weitgehend berücksichtigt worden. Dieser Bericht, der eine objektive Darstellung des Verlaufs der Debatte enthält, wurde, nachdem mehrere Delegationen formale Rechtsverwahrungen eingeleistet hatten, einstimmig angenommen und wird der Vollversammlung des Bundes zur Kenntnisnahme unterbreitet werden. Zusammenfassend darf festgehalten werden, daß es gelungen ist, das Minderheitenproblem in seiner ganzen Bedeutung aufzurollen und dadurch die Entwicklung in Gang zu halten, ein Verdienst der deutschen Delegation und besonders des Reichsministers Dr. Curtius, der die klar anwesenden Vertreter der deutschen und internationalen Minderheitenverbände spontan ihre tiefgefühlten Dank für ein mutiges und bestimmtes Eintreten für die belohnten Minderheiten ausgesprochen haben. Andererseits darf nicht verschwiegen werden, daß die Debatte die großen Gegensätze in der Auffassung von der grundsätzlichen Bedeutung und der praktischen Handhabung des Minderheitenschiedes nicht zu überbrücken vermochte. Es wird daher noch näher und nachhaltiger Arbeit bedürfen, um die Wahrung der dem unüberwindlichen Recht der Minderheiten auf Bewahrung ihres Volkstums zum Gemeingut aller Staaten zu machen.

Der VI. Europäische Nationalitätenkongreß.

Von Dr. Kurt Trampler, München.

Die diesjährige Tagung der Führer der 40 Millionen Angehörigen nationaler Minderheiten aus ganz Europa war von zwei bedeutenden Ereignissen eingeleitet. Am Beginn des Kongresses fand die Veröffentlichung der Beschlüsse des Völkerbundes über die Laizität des Bundes in der Minderheitenfrage. Sie besagt in 15 Teilen, daß im vergangenen Jahre 27 Minderheitenlagen beim Völkerverband erhoben worden sind. Keine einzige ist jedoch über die vorbestehenden Instanzen hinausgekommen; zahlreiche sind schon im Vorvergehen abgewiesen worden. Man wird in dieser Übersicht auch bei der größten Objektivität das Eingeständnis eines Verlangens des Völkverbundes in der Minderheitenfrage sehen müssen, das das Vertrauen der Nationalitäten Europas in die Garantie ihrer Rechte durch den Völkerverband schwer erschüttern muß. Am Ende der Minderheitenfrage fand das Urteil von Triest, wo vier Angehörige der florentinischen Minderheit wegen Sabotageacten zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Das Zusammenfallen dieser beiden Ereignisse, der Befestigung der Untätigkeit des Völkverbundes einerseits, und andererseits des Entschens gepoltpolitischer Konflikte infolge der nationalen Unterdrückung muß zu den schwersten Sorgen Anlaß geben.

Man wird deshalb überall zum tun, mit besonderem Ernst die Arbeit des Nationalitätenkongresses zu beachten, der auch in diesem Jahre wieder wertvolle Fingerzeige für die unblutige Lösung der nationalen Frage erbracht hat. An dem Kongreß nahmen Vertreter aus 15 europäischen Staaten teil. Sie gehörten dem deutschen, afrikanischen, katalonischen, ungarischen, bulgarischen, jüdischen, weißrussischen, russischen, slowenischen, kroatischen, rumänischen, baskischen, litauischen und tschechischen Volk an, umfaßten also fast ausnahmslos alle Minderheitstypen Europas. Man kann deshalb ruhig die Beschlüsse des Kongresses als übereinstimmende Vorschläge aller Volksgruppen Europas ansehen, und als solchen kommt ihnen eine sehr erhebliche Bedeutung für die Beurteilung der politischen Lage Europas zu. Im Mittelpunkt der diesjährigen Aussprache stand die Paneuropäidentifikation des französischen Außenministers, zu der sich besonders ausführlich der Generalsekretär des Kongresses, Dr. Ewald Ammann (Deutscher aus Epland), Otto Wilt (Deutscher aus Polen), Dr. Heilich (Katalonier aus Spanien), Dr. Szolovitz (Ukrainer aus Rumänien), Marek (Litauer), Des (Litauer) (Zust aus Epland) u. a. am stärksten äußerten. Als übereinstimmende Grundzüge aller Reden kann man feststellen: Die nationalen Minderheiten Europas sind prinzipiell aufrichtige Anhänger einer Einigung Europas. Sie, die zum großen Teil an den Grenzen wohnen und im Falle eines Krieges in diesen Fällen gezwungen wären, gegen Volksgenossen ins Feld zu ziehen, wünschen aufrichtig den Frieden. Sie halten jedoch übereinstimmend den Vorschlag Belandts in seiner gegenwärtigen Form für unannehmbar. Der Belandts'sche Vorschlag erhebt nicht nur die Minderheitenfrage nicht, sondern es ist festzustellen, daß der ganze Plan auf der Grundlage der Staaten aufgebaut ist, ohne die Rechte der Völker zu berücksichtigen. Eine Derwirklichung des Belandts'schen Paneuropa würde den Minderheiten nicht den geringsten Schutz gegen die Entnationalisierung bringen, ihnen dagegen durch die Einschränkung der europäischen Kompetenz des Völkverbundes durch eine neue überstaatliche europäische Organisation auch das Mindestmaß an Schutz nehmen, das sie durch den Völkerverband genießen. Die Minderheiten können nicht daran glauben, daß eine Regelung der europäischen Frage ohne die Lösung des Minderheitenproblems, dessen Unlösbarkeit bereits durch die schweren Kriegeserfahrungen im Gefolge hat, erfolgen kann. Sie sind der Ansicht, daß man, wenn man eine europäische Bundesverfassung will, zuerst den europäischen Bundesgeist schaffen muß. Das heißt man muß durch eine freiheitliche Regelung der Nationalitätenprobleme die Gründe für den Haß zwischen Mehrheits- und Minderheitsvölkern, der auch über die Grenzen hinaus zwischen dem Muttervolk einer Minderheit und dem unterdrückenden Mehrheitsvolk zur Feindschaft führt, beseitigen. Hierfür ist notwendig die unbedingte Anerkennung der kulturellen Selbstständigkeitsfreiheit der Völker, die durch keine staatliche Maßnahmen eingeschränkt werden darf. Gleichzeitig mit der kulturellen Freiheit muß die Gleichheit aller Bürger eines Staates in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gewahrt bleiben. Unter diesen Voraussetzungen halten die nationalen Minderheiten eine europäische Einigung für möglich und sind bereit, an die mitzuwirken. Der Kongreß schickte an Beland einen Brief ab, in dem diese Gedankengänge zum Ausdruck kommen.

Wie richtig die Argumente der Minderheiten gegen ein Paneuropa auf Grund der gegenwärtigen Lage sind, das bewiesen geradezu erschütternd die Lageberichte der einzelnen Minderheitengruppen, die demnach im vollen Wortlaut der Öffentlichkeit übergeben werden. Es ist ein fürchterliches Dokument der Unkultur, das

uns bei der Ausführung der Maßnahmen entgegentritt, die die Staaten der Entnationalisierung ihrer Minderheitsvölker anwenden. Man hat Proben, die man bereit einfassen konnte, und aus den temperamentvollen Ausführungen des Generalsekretärs Dr. Ammann konnte man einen gewissen Überblick über die folterkammern der Völkereulen bekommen, die im heutigen Europa in Betrieb sind. Die meisten sind die offene Art der Unterdrückung ist die, daß ein Staat zwar das Dorkommen von Minderheiten zugibt, sich aber aus einer Überhöhung des Staatsbegriffes heraus für berechtigt hält, das selbstige Eigenleben dieser Völker zu vernichten. Die Letzen, die zu dem Größten Anteil Anlaß gaben, sind ein Beispiel dafür, wohin diese Art staatlicher Minderheitenpolitik führt. Die meisten Staaten folgen aber einer anderen Methode. Nach außen erkennen sie die Verpflichtung zum Minderheitenchutz an, in der Praxis umgehen sie diese Verpflichtung. Der radikalste Fall dieser Methode ist der, daß die Erziehung eines Minderheitenvolkes überhaupt gelehnt und auch jede noch so geringe Kulturüberlieferung des Volkes verfolgt wird (Magdonent). Ein erbitterter Kampf wird allerorten gegen die Schule und die kulturellen Einrichtungen der Minderheiten geführt. Selbst die Unterhaltung von Privatclubs wird unterbunden. Ein geistiger Kampf gegen die Wirtschaft der Minderheit und eine Beleidigung ihrer staatsbürgerlichen Rechte versucht die Entnationalisierung zu verwirklichen. Verdrängungskonflikte, Sonderbesteuerung, Geldwertungsgefahr, Entziehung der Staatsbürgerschaft, Verweigerung der Konzessionen für wirtschaftliche Betriebe umfassen bis zu 75 v. H. den Besitz der Minderheitsvölker zerstört, so daß sie auch wirtschaftlich nicht mehr in der Lage sind, ihren kulturellen Aufgaben gerecht zu werden. Zahlreiche Sondergesetze erschweren das Leben. Eine partielle Verwaltung und eine beeinflusste Rechtspflege hat Hunderttausende von der Heimat vertrieben und zahllose Dorkämpfer des Volkstumsgebens in das Gefängnis gebracht. Die Erbitterung, die die Minderheitsvölker über diese Maßnahmen ergriffen hat, ist so groß, daß der Generalsekretär mit vollem Recht sagen konnte: „Europa hat den Weg von 1914 bereits beschritten.“

Anfangs dieser Tatsachen muß man die Selbstüberzeugung der Minderheitsführer bewundern, die immer noch mit unerschütterlicher Kraft an einer friedlichen Lösung des Nationalitätenproblems arbeiten. Den Höhepunkt des Kongresses bildete hier die groß angelegte Ansprache des Kongreßpräsidenten Dr. Jozef Wiltan (Slowene) über die Organisation der Volksgemeinschaften. Er konnte mit Recht darauf hinweisen, daß der Nationalitätenkongreß ein Beispiel der Völkervereinigung auf der Grundlage gegenseitiger Achtung ist. Fast Angehörige aller Völker Europas arbeiten in ihm zusammen, um die Freiheit der europäischen Kultur zu erringen. Dorkünftig ist aber diese Zusammenarbeit noch auf die Basis Minderheitsgleichheit unterworfenen Teile der europäischen Völker beschränkt. Es soll nunmehr versucht werden, unter den gleichen Grundätzen der gegenseitigen Achtung auch die Mehrheitsvölker in den Kongreß mit einzubeziehen. Die kulturelle Freiheit müsse die Bildung überstaatlicher Volksgemeinschaften ermöglichen, die das Recht der kulturellen Zusammenarbeit aller Teile eines Volkes begründet. Die europäische Kultur sei in ihrer Reichhaltigkeit nur aus der Verschiedenartigkeit der nationalen Kulturen zu erklären. Solls Europa wieder zu neuer Kulturblüte gelangen, so muß jeder Volk ein Recht auf Entnationalisierbarkeit für seine christlichen Kräfte gegenwärtig werden. Dies ist jedoch die ungeheure Aufgabe, ganze Völker umzuorientieren vom nationalstaatlichen Denken zum Denken in Völkern. Wir haben die Aufgabe, Baubredner einer neuen Zeit zu sein. Wir können Völker und Staaten nicht überwinden, aber wir werden sie überlegen durch die Gerabildung eines aus dem festen Glauben an unsere Sendung entpringenden Handbels.

Es wäre für Europa gewiß von Vorteil, wenn sich alle Staaten mit den Zielen des Nationalitätenkongresses ernsthaft befaßen würde. Das Ziel der kulturellen Freiheit ist maßvoll und verlangt von keinem Staat Unmögliches. Fast alle Staaten sind doppelt am Minderheitenproblem beteiligt. Einmal als Staatsvölker, die als fremdvölkische Minderheit unterdrückt, und andererseits als Muttervölker unterdrückter Minderheiten in anderen Staaten. Schon diese Wechselseitigkeit der Beziehungen nationalitätenproblem müßte den Gedanken auch den Staatsmännern nahebringen, durch die Anerkennung allgemein gültiger Rechtsätze für die Freiheit des Volkstums zunächst ihren eigenen Auslands-Volkbürgern zu helfen. Darüber hinaus würden aber alle Staaten mit einer solchen Anerkennung den Frieden innerhalb ihrer eigenen Grenzen und damit für ganz Europa sichern. Epland und Etiland haben hier den ersten Schritt getan, und ihr Erfolg möge dem übrigen Europa zu denken geben — bevor es zu spät ist.

Große oder kleine Wahlreform?

Von Georg Deder.

Der Entwurf eines Reichswahlgesetzes, den die Reichsregierung dem neuen Reichstage vorlegen will, enthält die Änderungen des bestehenden Wahlrechts, die man als eine **kleine Wahlreform** bezeichnen darf. Eine solche Bezeichnung darf keine Herabsetzung der Bedeutung und des Wertes der Reform sein. Ich will damit nur betonen, daß der Gesetzentwurf der Regierung den Forderungen nach einer **großen Wahlreform** von der Art z. B., daß man die Verhältniswahl ganz abschafft oder sie durch die Verbindung mit der Einerwahl völlig verzerrt, nicht entspricht. Der Gesetzentwurf schlägt einen Umbau des geltenden Wahlrechts, der an den Grundlagen der Verhältniswahl nicht rüttelt und für dessen Durchführung keine Verfassungsänderungen erforderlich sind, vor. Diese Vorschläge haben schon einen großen Vorzug, nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch zu sein, da ihre Annahme im Bereich des Möglichen liegt.

Damit ist natürlich noch kein Urteil über den Gesetzentwurf der Reichsregierung gefällt. Mit dem endgültigen Urteil wird man überhaupt noch warten müssen, bis Klarheit über die zu erwartende Zustimmung der vorgeschlagenen Reform im einzelnen geschaffen wird. Zu diesem Zweck wird man auch die Ergebenisse der Neuwahlen in einzelnen Wahlbezirken verwenden müssen. Vorläufig kann nur die Frage gestellt werden, ob der Gesetzentwurf eine brauchbare Grundlage für die Reformarbeit des Reichstages darstellt und deshalb auch die mühselige Prüfung im einzelnen verdient. Diese Frage ist nach meinem Dafürhalten zu bejahen.

Wollen wir uns vor allem darüber klar werden, daß keine Wahlreform ein Universalheilmittel für alle Übel unseres politischen Lebens sein kann. Es ist nichts anderes als politischer Wandelgebrauch, wenn man überhaupt an ein solches Universalheilmittel glaubt, in dem der eine nach einem großen Führer als Retter und der andere nach einer organisierten Reform als Rettung ruft. Das Problem des „Retters“ interessiert uns hier nicht. Das Problem der „Rettung“ durch eine große Wahlreform. Das Wahlrecht hat ohne Zweifel keine geringe Bedeutung für die Gestaltung des politischen Lebens; diese Gestaltung wird aber nicht durch das Wahlrecht allein bestimmt, sondern auch durch eine Reihe von Faktoren, die in ihrem Zusammenwirken viel mächtiger sind als das Wahlrecht. Deshalb wird auch keine noch so große Wahlreform imstande sein, eine grundlegende Änderung der politischen Verhältnisse herbeizuführen, wenn nicht zugleich die Staatsordnung selbst geändert wird, wie sie z. B. durch die Einführung eines Senatswahlrechts, eine Verfassungsänderung des demokratischen Wahlrechts und nicht bloß durch die Reform des Wahlrechts geändert würde.

Um gleich den bei uns stark verbreiteten Gehirngespinnungen zu begegnen: man kann durch keine Wahlreform das deutsche politische Leben etwa nach englischem Muster umgestalten. Es wird mit Recht hervorgehoben, daß das persönliche Verhältnis zwischen den Abgeordneten und den Wählern in England ein ganz anderes als bei uns ist. Es werden in England nicht nur Parteien, sondern zugleich Persönlichkeiten gewählt — allerdings jeht in geringem Maße als früher. Es ist schon in England vorgekommen, daß ein Abgeordneter seine Parteiangehörigkeit wechselte und trotzdem von seinen Wählern nicht wiedergewählt wurde. Es scheint mir deshalb, daß wir uns den englischen Verhältnissen annähern können, wenn bei uns, sagen wir, 500 Abgeordnete in Einzelkreisen gewählt werden. Nun bestanden in Deutschland auch Einzelkreise, und trotzdem war es ganz anders als in England. Eine Wahl von Persönlichkeiten im englischen Sinne gab es nicht, da wir eine wesentlich andere geschichtliche Entwicklung, eine wesentlich andere soziale Struktur und eine ganz andere politische Tradition haben. Wollen wir, von allen anderen geschichtlichen und sozialen Voraussetzungen absehen, nur die Wirkung des Wahlrechts betrachten, so müßte auch auf diese Weise der Unterschied der Verhältnisse sofort zu erkennen sein. Bei 500 Einzelwahlkreisen würde bei uns jeder Kreis durchschnittlich etwa 85 000 Wahlberechtigte haben. Kann man nun ernsthaft annehmen, daß ein Abgeordneter ein lebendiges, persönliches Verhältnis zu einer solchen Wählermasse haben kann? Diese Fragestellung wird vielleicht auf den ersten Blick als schief erscheinen. Nun liegt das Rätsel der englischen Verhältnisse im wesentlichen darin, daß dort der Ausgangspunkt der Entwicklung eben das lebendige und unmittelbare persönliche Verhältnis zwischen den Wählenden und den Gewählten war. Die Demokratisierung des englischen Wahlrechts vollzieht sich, angefangen von der Reform von 1832, in fünf Etappen (was schon für sich einen sehr wichtigen Unterschied von der deutschen Entwicklung bedeutet). Von 1832 hat die große Mehrzahl der Kandidaten nur mit einem ganz engem Kreis der Wähler zu tun gehabt. Nach der Reform von 1852 betrug die Zahl der Wahlberechtigten auf einen Abgeord-

neten durchschnittlich ziemlich genau 1000, nach der Reform von 1867 und 1900, nach der Reform von 1884 etwas weniger als 7000, nach der Reform von 1918 und 30 000 und nach der letzten Reform, bei den Wahlen im Mai 1929, rund 46 000. Bis zur Reform vom Jahre 1918 überlegte die durchschnittliche Zahl der Wahlberechtigten auf einen Abgeordneten nicht 12 000, und das war für die Erhaltung der englischen politischen Tradition von entscheidender Bedeutung. Wollen wir eine ähnliche Tradition zu schaffen versuchen, so müssen wir drei- oder viertausend Einzelwahlkreise schaffen und dementsprechend ein solches Minimum wie einen Reichstag mit drei- oder viertausend Abgeordneten haben!

Bei uns waren die Abgeordneten seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts von Anfang an in ihrer Beziehung zu den Wählern auf das vermittelnde Medium des Parteiapparates angewiesen und bleiben auch heute auf dieses Medium angewiesen. Es ist einfach historisch falsch, wenn man die Verhältnisse für diese „Entpersönlichung“ der politischen Verhältnisse verantwortlich macht. Dagegen darf man annehmen, daß die Form, in welcher das Verhältniswahlrecht bei uns existiert, mit seinen großen Vorteilen auch langen Kandidatenlisten die Entfernung der Abgeordneten von den Wählern noch verstärkt hat. „Ja, diese Form hat auch das Verhältnis zwischen den Abgeordneten und den erwähnten Medien, zwischen der politischen Führerschaft und den breiten Kreisen der Parteianhänger, analysiert beeinflusst. Hier liegen die Mängel, die nach meinem Dafürhalten unabweisbar vorhanden sind und die einen Umbau der Form des Verhältniswahlrechts, nicht aber den Abbau des Systems selbst, als unmissverständlich erscheinen lassen. Der Grundgedanke des Reformvorschlages, den der Gesetzentwurf der Regierung enthält, entspricht diesem Bedürfnis. Die Wahlkreise sollen nach dem Gesetzentwurf viel kleiner werden, und die Verteilung der Sitze soll nicht nach der Reihenfolge auf einer oder langer Liste, sondern nach dem Wahlergebnis in den einzelnen Wahlkreisen erfolgen. Es wird für jeden Parteikreis innerhalb eines jeden der 52 Wahlbezirke Wahlkreise mit verschiedenen Erfolgschancen geben, und es wird die Aufgabe eines jeden Kandidaten sein, um seine Aufstellung zu erreichen, wenigstens die organisierte Parteianführerschaft eines bestimmten Wahlkreises für sich zu gewinnen. Dann wird aber auch die weitere Aufgabe erfüllbar sein, nämlich zusammen mit dieser organisierten Anführerschaft auch durch sie, durch ihre Vermittlung eine engere Fühlung mit den Wählern herzustellen. Auf einem so vorbereiteten Boden können auch die öffentlichen Verfassungen, als Mittel zur Erziehung der Abgeordneten mit den Wählermassen, wiederum eine viel größere Bedeutung gewinnen.

Der große Vorzug des Verhältniswahlrechts besteht darin, daß jede Stimme zählt. Das ist der Grund, weshalb dieses Wahlrecht am meisten der konsequenten Demokratie entspricht. In dieser Eigenschaft der Verhältniswahl liegen auch die Möglichkeiten der politischen Abstufung der Bevölkerung. Es wird zwar versucht nachzuweisen, daß die Verhältniswahl im Gegenteil eine schwächere Wahlbeteiligung bewirkt. Diese Versuche beruhen aber zum Teil auf einer nicht korrekten Behandlung des statistischen Materials und zum Teil auf der Missbegriffung der Bedeutung der politischen Umstände, unter welchen verschiedene Wahlen stattfinden. Die Tatsache, daß die Reichstagswahlen in Deutschland nach dem Kriege eine schwächere Wahlbeteiligung aufwiesen als die beiden letzten Wahlen vor dem Kriege, also unter dem alten Wahlrecht, hat in dieser Hinsicht gar keine Beweiskraft, wenn man nicht die schwächere Wahlbeteiligung der Frauen berücksichtigt. Die schwache Wahlbeteiligung im Mai 1928 hat ihre besonderen politischen Gründe gehabt, die wir hier wegen Platzmangels leider nicht näher betrachten können. Alle diese statistischen Argumente sind aber durch die außerordentlich starke Wahlbeteiligung am 14. September 1930 völlig widerlegt worden.

Nun wird mit Recht darauf hingewiesen, daß der Umstand, daß jede Stimme zählt, die Zersplitterung der Stimmen begünstigt. Die Vorstellung, daß die Verhältniswahl erst die Parteienzersplitterung bewirkt hat, ist allerdings völlig abwegig. Wie finden in Deutschland eine sehr starke Zersplitterung auch bei den Wahlen unter dem alten Wahlrecht. Bei den Reichstagswahlen 1912 traten mit den kleinen nationalen Parteien zusammen nicht weniger als 28 Parteien auf, dazu kandidierten noch mehrere „Wider“. Auf anderer Seite gibt es Länder (z. B. Belgien und Österreich), in welchen auch die Verhältniswahl keine große Parteienzersplitterung bewirkt. Also muß man auch in dieser Hinsicht die besonderen deutschen historischen und soziologischen Voraussetzungen in Betracht ziehen. Dieses Thema kann aber hier nur angebeutet werden. Keine noch so große Wahlreform wäre imstande, bei uns

eine grundlegende Änderung des Parteienystems zu bewirken. Es scheint aber möglich zu sein, daß durch die Änderung der Form des Verhältniswahlsystems der Gespaltungsprozess gebremst und die politische Konzentrationsbewegung gefördert wird. Auch in dieser Richtung scheinen die Vorschläge des Geheletwurfs, soweit sich ihre Auswirkung übersehen läßt, zweckentsprechend zu sein.

Aus diesen Gründen darf man, glaube ich, diesen Vorschlag einer kleinen Wahlreform als in ihren Grundgedanken richtige und deshalb brauchbare Grundlage für die Reformarbeit betrachten, obwohl man gegen manche wesentliche Einzelheiten (z. B. die Einführung von zwölf kürzestlichen an Stelle einer Reichsliste) schon jetzt starke Bedenken geltend machen dürfte.

Wie und warum Wahlreform?

Von Dr. C. Merendborff, M. d. R., Darmstadt.

Die Reform des heutigen deutschen Wahlverfahrens bildet nach meiner Ansicht, die ich im Laufe der letzten Jahre schon wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, eine der Hauptaufgaben der inneren Politik. Es ist nur zu bedauern, daß nicht schon früher eine stärkere Bewegung für die Reformgedanken entstanden ist, die infolge der Mängel des bestehenden Systems die Schäden bis zu einer akuten Gefährdung des ganzen parlamentarischen Systems in Deutschland gebracht sind.

Allgemein sei vorweg bemerkt, um jedes Mißverständnis auszuweichen: Es handelt sich um eine Reform der Wahlverfahrens und nicht des Wahlrechts. Das Wahlrecht darf in keiner Hinsicht angetastet werden. Es muß allgemein, gleich, geheim und direkt bleiben. Auch die Frage des Wahlalters sowie des Frauenwahlrechts hat außerhalb jeder Diskussion zu bleiben. Der Inhalt der Reform hat lediglich die Frage der Wahltechnik zu umfassen, d. h. nach welchem Prinzip die Stimmenbewertung und die Entscheidung über die Auslese der Kandidaten zu fallen hat.

Welches sind die Mängel des bisherigen Verfahrens? Sie bestehen in einer Entfremdung der Demokratie, in schweren Funktionsstörungen der politischen Willensbildung und in der Inzulänglichtheit bei der Führerauslese. Praktisch gesprochen: Das Ergebnis des jetzigen Stimmverfahrens ist eine bis zum Chaos gehende Parteispaltung, die jegliche Mehrheitsbildung durch künstliche Züchtung von Splitterparteien erschwert und gleichzeitig zu einer Erstarzung des Parteiwesens geführt hat, die es den wirklichen politischen Führerpersönlichkeiten nur in ganz seltenen und glücklichen Fällen noch möglich macht, als Repräsentant des Volkswillens ins Parlament zu gelangen.

Die elementare antiparlamentarische Strömung, die heute am bestreitet das deutsche Volk erfährt hat, wurzelt in diesen Ursachen. Der Wähler fühlt sich ausgeschlossen, empfindet den Grundgedanken der Reichsverfassung: die Staatsgewalt geht vom Volke aus gegenüber dem Absolutismus der Parteiparallele bei der Mandatenausstellung („Parteilismus“) wie eine Verhöhnung. Er sieht auch offensichtliche Mängel in der Führerauslese, die trotz besten Willens der Partei selbst kaum oder gar nicht fortgeräumt ist („Bonzentum“). Dazu kommt schließlich noch die offensündliche Fälschung der parlamentarischen Arbeit durch die Parteispaltung, die bei der Regierungsbildung usw. in Erscheinung tritt und in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt hat, daß die Parlamente nicht in der Lage sind, die Aufgaben der Gegenwart durch entschlossenes Handeln zu meistern.

Werden die jetzigen Reformvorschlüsse diesen Fehlern gerecht? Wer sich einmal näher mit dem Problem beschäftigt hat, muß zur Auffassung kommen, daß sie nicht an die Wurzel gehen. Sie sind zwar geeignet, einige ganz grobe Nachteile abzumildern, aber sonst reichen sie zu einer wirklichen Behebung der handgreiflichen Schäden nicht aus.

Die Ursache liegt darin, daß die ganze Diskussion der Wahlreform lediglich auf Abänderung des Wahlmodus innerhalb des durch die Verfassung festgelegten Verhältniswahlverfahrens abzielt und Beseitigung der langen Liste und der großen Wahlkreise anstrebt. So wissenschaftswert diese Änderungen auch sein mögen, so ist doch die Wirkung einer Verkleinerung der Liste und der Wahlkreise relativ unbedeutend. Bei Liste bestehen, wird sich eine wesentlich engere Verbindung zwischen Wählern und Gewählten auf diese Weise erzielen lassen, denn die Verhältniswahl bleibt Parteiwahl. Auf keinen Fall aber werden auf diesen Wege klar Mehrheitsverhältnisse im Parlament erreicht. Ist doch der Sinn und die Bedeutung des Verhältniswahlverfahrens der Schatz der Minderheiten nach dem Grundgedanken der Demokratisierung des höchsten Maßes von Gerechtigkeit bei der Feststellung des Wählerwillens, d. h. jede, auch die privateste Meinung, soll parlamentarisch vertreten sein: Verhältniswahlverfahren heißt den Gedanken der Splitterparteien zum Prinzip erheben.

Ich bin deshalb der Meinung, daß man diesen Zusammenhang klar erkennen soll und bei der Wahlreform nicht auf halbem Wege stehen bleiben darf. Endlich sollte klar und deutlich ausgesprochen werden, daß eine wirkliche Befreiung der gegenwärtigen schweren Schuld, die ich als höchste Gefahr für den ganzen Bestand des heutigen Systems in Deutschland ansehe, nur erfolgen kann, wenn man sich zu einer Befreiung des Prinzips der Verhältniswahl entschließt.

Ich bin aus diesen Gründen grundsätzlich Anhänger der Einführung eines Mehrheitswahlverfahrens. Welche Technik bei einer Wahl nach den Grundgedanken des Mehrheitswahlverfahrens gewählt werden müßte, könnte dahinstehen. Eine Anwendung des in Deutschland bei der Reichspräsidentenwahl geüblich festgelegten Verfahrens (zwei Wahlgänge, ein erster Wahlgang mit absoluter Mehrheit, ein zweiter Wahlgang mit relativer Mehrheit) erscheint mir durchaus zweckmäßig und könnte ohne weiteres für das Reich bei der Parlamentswahl übernommen werden.

Dies wäre die ideale Lösung. Vor ihnen praktisch entgegen die Schwierigkeiten einer verfassungsändernden Mehrheit und die psychologischen Überdauern in breiten Massen der Bevölkerung — besonders in den Schichten der wirtschaftlichen Bevölkerung — die starke Sympathie mit dem Gerechtigkeitsprinzip des Verhältniswahlverfahrens hat als Nachwirkung der Ungerechtigkeit der früheren Wahlverfahrens.

Unter diesen Umständen müßte nach einem Wahlverfahren gesucht werden, das, soweit wie möglich, beide Hauptaspekte miteinander verbindet: einmal den Grundgedanken, die Wahl des Abgeordneten auf dem Wege der Mehrheitsauscheidung herbeizuführen, und zum anderen den Grundgedanken der Gerechtigkeit, der dem Verhältniswahlverfahren zugrunde liegt, etwa in der Weise eingebaut, daß auch die Minderheiten vertreten sind, indem entsprechend den Abgeordnetennummern jede Gruppe die entsprechende Anzahl von zusätzlichen Mandaten erhält.

Schlagwortartig gesagt: Mehrheitswahl mit nachträglicher Proportionalisierung scheint das Ziel, auf das jede Wahlreform abgestellt sein müßte. Auch hier bedünke mich, daß die Schwierigkeit einer Verfassungsänderung, aber es erscheint möglich, die dafür erforderliche Mehrheit für einen solchen Zwecklos aber zu erreichen, weil dabei dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit in höherem Maße Rechnung getragen wird.

Unter allen den Vorschlägen, die sich in dieser Richtung bewegen, erscheint mir der des württembergischen Staatsministers a. D. Heymann, Stuttgart, als der brauchbarste. Er ist klar und deutlich formuliert und infolgedessen auch den breiten Massen der Wählerschaft ohne weiteres verständlich.

Sollte es nicht möglich sein, diese Meinung zum Durchbruch zu bringen? Sollte man nicht auf der Beibehaltung des Verhältniswahlverfahrens verharren, dann bin ich allerdings der Meinung, daß die gegenwärtig vom Reichsinnenminister vorgelegten Wahlreformvorschläge nicht genügen. Die Abschaffung der Reichsliste genügt nicht. Die Verkleinerung der Liste würde immer noch dazu beitragen, daß ein zweiter und dritter Stelle unzufriedene Kandidaten (Interessenträger usw.) mitgeschleppt werden. Man muß sich auch dazu entschließen, aufs Ganze zu gehen und den Einmannwahlkreis innerhalb des Verhältniswahlverfahrens fordern. Hier gibt es zwei Vorschläge, die praktisch brauchbar sind. Einmal der Vorschlag des Professors Kelsen. Zum anderen der Vorschlag des Dr. Christian Schofer, der in der bisherigen Wahlreform bereits durchgeführt worden ist. Sie haben beide noch eine Menge von Nachteilen. Das Kelsen'sche Verfahren führt mit dem Preis der Freiheit des Wählers zu einer noch stärkeren Spaltung, indem es dem Aufgabensteller eine besonders starke Chance gibt. Das Schofer'sche Verfahren ist demgegenüber zweifellos praktisch brauchbarer und insofern vielleicht vorzuziehen.

Alle Einwände, daß dann eine zu starke Verdrängung der Stimmten eintreten wird, aber daß bestimmte Wahlkreise in größter Weise vertreten werden, daß manche überhaupt nicht vertreten werden, sind nicht stichhaltig. Es würden dann nur die Nachteile dieses Verhältniswahlverfahrens allen Wählern deutlich vor Augen geführt, und damit der Weg geebnet werden zu der wirklichen Wahlreform. Denn darüber muß man sich klar sein, daß die kleine Wahlreform nur insofern Sinn hat, als sie die psychologische Vorbereitung für die große Reform bilden kann und muß, die im Interesse der Verlebendigung der deutschen Demokratie und ihrer ganzen Zukunft mit größter Beschleunigung durchgeführt werden müßte. Je schneller das geschieht, um so besser.

Sinn. 8. Schriftl. Wegen der Bedeutung der Wahlreform gehen wir mehreren Mitarbeitern des Westl. damit ich zunächst die Redaktion geschrieben.

Zur Zeitgeschichte

Tagung des Völkerbundes.

Die 11. Ordentliche Tagung der Völkerbunderversammlung, an der die Delegierten von 32 Staaten teilnehmen, findet in einem für diese Zwecke hergerichteten, mit allen technischen Neuerungen und Erleichterungen ausgestatteten, „Bâtiment electoral“ in der Nähe der Universität statt. Damit war endlich einer Forderung des verstorbenen Außenministers Dr. Stresemann Rechnung getragen, der wiederholt auf die Unzulänglichkeit des unhygienischen Reformationshauses hingewiesen hatte und nun den Erfolg seines Antrages nicht mehr erleben durfte. Um so wichtiger gedachte der Präsident des Völkerbundes, der Denselmann S. m. t. a., bei der Eröffnung der Sitzung seine Hinführens. Als wahrhafter Patriot habe Stresemann gewünscht, daß das Wohlgehen jedes Volkes seit 1914 unloslich an das Wohlgehen der Gesamtheit der Völker gebunden sei. Die Erinnerung an Dr. Stresemann bedeute gleichzeitig den dringenden Wunsch für den Abschluß der großen Aufgabe, die er sich gestellt habe und die sein Leben abführte, jedoch auch seinen Ruhm geschaffen habe.

Was der diesmaligen Tagung, die unter dem Präsidium des früheren rumänischen Außenministers und jetzigen Gesandten in London, C. I. e. s. c. a., stattfand, ihren besonderen Reiz verlieh, war das Briand'sche Memorandum über die „Organisation d'un Europe nouvelle“ in Verbindung mit dem Entwurf einer Angelegenheit, welche die französische Regierung ursprünglich so zu behandeln schien, als sei es möglich, sie im Stadium der Gestaltung mehr oder weniger außerhalb des Genfer Rahmens zu halten. Die früher veröffentlichten Antworten der verschiedenen Mächte, an die sich Briand gewandt hat, zeigen, daß es unmöglich war, die Frage Europa anders als im engen Zusammenhang mit den Völkerbundestagen zu behandeln. Die großen Reden der Außenminister Frankreichs, Englands und Deutschlands waren daher auch mehr oder weniger um diese Frage gruppiert. Und diese Reden zeichneten sich dadurch aus, daß sie fürher als bisher, so viele oder jene Einzelfrage behandelt wurde, in großartiger Weise auf die Grundprinzipien des Zusammenlebens der Mächte eingingen. Dr. Briand's Seite her war das Leitmotiv begriffswert die Frage der europäischen Union, die zwar nur ein Teilstück der völkerbundlichen Gesamtaufgabe ist, während Henderson an die Wurzel des Gesamtproblems rührte, als er sich grundsätzlich mit der Abklärungfrage auseinandersetzte. Denn jene Rede enthielt in positiver Form einen starken Appell an den Völkerbund und an die Nationen, ihre Abklärungsverpflichtungen nicht länger mehr bloßartig zu behandeln. Er vertrat dabei die Auffassung, daß die Ergebnisse der kondoner Flottenkonferenz nur einen Anfang bedeuten, und daß nicht nur auf diesem Gebiet der Klärung praktische Ergebnisse unerlässlich seien. Mit unverkennbarer Deutlichkeit unterrichtete der britische Außenminister die stets von Deutschland vertretene These, daß eine Sicherheit unmöglich ist, wenn der Wettbewerb militärischer Vorbereitungen anhält — das heißt also: erst Abklärung, dann Sicherheit. Und er sollte weiter feil, daß auch die Abklärung einzelner Mächte oder Mächtegruppen über eine solche in bezug auf bestimmte Teilbestände der Klärung den eingegangenen Verpflichtungen nicht entspricht.

Daß Henderson warmes und treffende Worte für den verlorenen Vorkämpfer des Weltfriedens und der europäischen Einigung, Dr. Stresemann, gefunden hat, wird in Deutschland auch darum mit Befriedigung aufgenommen, weil hier der unweissheit auf der gleichen Linie fortgeführten deutschen Außenpolitik das Zeugnis ihres Friedenswillens und ihrer wirksamen Mitarbeit an allen Bemühungen um eine bessere Gestaltung des Schicksals der notleidenden Völker ausgesprochen wird.

Die Form, in der Dr. Curtius den Dank für die warme Würdigung seines Freundes und Vorgängers durch den Völkerbundspräsidenten und andere Redner darbrachte, war zugleich ein betontes Bekenntnis zur Fortführung dieser Außenpolitik. Und das kam auch in den weiteren Gedankengängen seiner Rede immer wieder zur Geltung. Angekündigt sprach er von den Entschärfungen, die Deutschland in manchen Sachen erfahren, die aber an seiner politischen Einstellung nichts geändert haben. Mit aller Entschiedenheit wird das Spiel mit dem Gedanken des Krieges, das ja auch schon in der Sabotage der Abklärungsverpflichtungen, in der Betonung gefestigter Klärungsbedürfnisse, in der Anlage von Rechtskonstruktionen zur internationalen Behandlung des „Angreifers“ vorhanden ist, als unvermeidlich zurückgewiesen. Der deutsche Gedanke eines Vorbereitungs- anstatt eines Repressivsystems wird erneut herausgehoben, und der Vorwurf der bisherigen Verschleppung der Abklärungsarbeiten unterdrückt. Dr. Curtius fordert den Zusammen-

tritt der endgültigen Abklärungskonferenz für das nächste Jahr, für ihre Arbeiten aber Zielsetzungen, wie sie im Sinne der Aufgabe stets von den deutschen Delegierten proklamiert worden sind. Bei dem Übergang zu dem akuten Problem der europäischen Unionspläne weist er auf die besondere Lage Deutschlands hin, das als Land der Mitte am stärksten am Ausgleich der Spannungen, also selbst Endes an einer allgemeinen Politik des Friedens interessiert ist, die natürlich eine Befestigung aller Elemente der Unruhe, der Unzufriedenheit und der Ungerechtigkeit zur Voraussetzung hat.

Für den Briandplan selbst fordert Dr. Curtius die Überweisung an ein möglichst als Interessenten umfassendes Studienkomitee und gibt der Notwendigkeit einer ernsthaften Durcharfung solcher Kooperationspläne eine um so eindringlichere Begründung, als er die bestimmte und vordringliche Zielsetzung der wirtschaftlichen Aufgabe aus reicher Sachkenntnis heraus beweis. In Stichworten herausgegriffen: Überproduktion und sinkende Rohstoffpreise, in der Folge bedrohliche Arbeitslosigkeit, für Deutschland insbesondere Vordringlichkeit mit Reparationszahlungen zwingen, mangels organischer Zusammenfassung mindestens der europäischen Wirtschaft, zu einzelnen finanziellen Maßnahmen, die sich erst vernehmen lassen, wenn der Briand'sche Vorschlag in seiner zweckmäßigen und kurzfristig verwirklichungsfähigen Hinschauung auf das wirtschaftliche Ziel Tatsache wird. Zollunionen, Präferenzzölle und Kontingente, Neustranungen auf dem Gebiete der Meistbegünstigung, Einbeziehung der Ergebnisse der jüngsten Agrarkonferenzen sind Grundlagen für die Behandlung des Themas. Ausgleiche zwischen Kapitalüberfluß bis zur Zersplitterung an der einen, Kapitalmangel und Wucherzins an der anderen Stelle bedeuten ein weiteres Problem. Der deutsche Außenminister befrachtet sich in seiner Konstruktions nicht auf die Problemstellung, sondern weist auch auf die letzte Konsequenz, Einbruch der Arbeitsbeschäftigung der Schwächeren, aber als klare Bilanz-Fundamente stellt er den Mächten des Völkerbundes das Bild einer europäischen Zoll- und Wirtschaftsunion vor Augen und zeichnet den Weg, der dahin führt. Regionale Zusammenfassungen, von denen der österreichische Bundeskanzler Schöberl gesprochen hat und die mit Bezug auf Frankreich und Deutschland von dem jüngsten Kongreß der europäischen Zollvereine empfohlen waren, Verhändlungen nach Produktionsgebieten im Sinne des englischen Handelsministers Graham oder europäische Zollpräferenzen nach den Beispielen von Singa und Warschau — jeder Weg ist recht, um aus dem ständigen und momentanen Dilemma zur europäischen Wirtschaftseinheit zu gelangen.

Diese Jungfernrrede des deutschen Außenministers vor der Völkerbunderversammlung, die in ein politisches und wirtschaftliches Referat zerfiel, ist in deutschen Zeitungen als strategisches Programm und kluge Redaktionsrede gewertet worden, mit der er sich im Völkerbund gut eingeführt habe. Curtius hat, so schreibt u. a. die „Kölnische Zeitung“, als einer der Staatsmänner gesprochen, deren Aufgabe es ist, Europa aus dem Chaos herauszuführen, in das die Staatsmänner von 1919 es hineingeleitet liegen.

Wie auch Curtius es gefordert hat, ist für das Pan-europäerstudium ein besonderes Völkerbundeskommitee eingesetzt worden, in dem die 27 europäischen Mitgliedsstaaten vertreten sind. Es hat die Vollmacht, nach Bedarf nichteuropäische Mitglieder des Völkerbundes und europäische Nichtmitglieder des Völkerbundes hinzuzuziehen, wobei u. a. an England und die Türkei gedacht wird, und soll zur gegebenen Zeit der Bunderversammlung berichten und dabei möglichst schon praktische Vorschläge machen. Damit war die allgemeine Aufgabe über die Pan-europäerfrage für dieses Jahr abgeschlossen, die Behandlung der Frage im Völkerbund aber auf breiterer Basis und unabhängig von allen grundsätzlichen Bindungen auch weiterhin gesichert.

Die Tagesordnung der Genfer Völkerbund- und Rüstungstagung umfaßt stets eine Reihe von Punkten, die in Gefahr sind, gegenüber den großen öffentlichen Erörterungen vollstimmlicher Probleme mehr in den Hintergrund zu treten, als das ihrer tatsächlichen Bedeutung nach zulässig ist. So hat die Beratung des Europaplanes und die grundsätzliche Auseinandersetzung über so große und allgemeine Fragen wie die Abklärung des „Mindesteinkommen“-problem, bei dessen Erörterung Dr. Curtius, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt, in „sehr fein pointierter, durchschlagender Rede“ die Aufklärungstheorie der Griechen zurückwies, die sehr bedeutungsvollen Erörterungen in den sechs gleichzeitig nebeneinander tagenden Ausschüssen einigermaßen in den Hintergrund gedrängt. Fragen z. B., wie die Reorganisation des Völkerbundes, die Memelbeschwernungen u. a., die zur Stunde noch nicht abschließend behandelt worden sind, verdienen aufmerksame Beachtung und Durcharfung. Aber die Aufhebung des Saar-

schon schüßes durch den Rat wurde in der vorigen Nummer bereits eingehend berichtet.

Zum erstenmal fand für uns Deutsche eine Sitzung des Döllerbundes unter einem anderen Beurteilungswinkel. Bischof bedurfte der große Fragenkomplex, der mit der Besetzung des Abstelllandes zusammenhängt, auch alle weiteren Ergänzungen. Dadurch wurde den Sitzungen des Rates und der Versammlung meist eine Aktualität

zutrotz, die sie den besonderen, durch Versailles geschaffenen Verhältnissen, insbesondere dem deutsch-französischen, verdankten. Nachdem diese aktuellen Fragen gelöst sind kommt eine Periode der stilleren und mühteren Arbeit des Döllerbundes, die der Lösung der großen internationalen Probleme, wie der Abrüstung und der endgültigen Verbesserung der durch Versailles politisch und wirtschaftlich geschaffenen internationalen Ordnung, dienen muß. Dr. Walter Geise

Die Jubelfeier der Berliner Museen / Von Dr. Max Osborn.

Als vor hundert Jahren das „Museum“ zu Berlin, das Alte Museum, wie wir heute sagen, in Schinkel's Tempelbau am Lustgarten eröffnet wurde, lagen die allgemeinen Verhältnisse ähnlich wie heute. Auch damals befand sich Deutschland nach den napoleonischen Kriegen in einem mühsamen Wiederaufbau, auch damals war Ebbe in den Staatsfinanzen. Gleichwohl setzten die Männer, denen das Volk in jenen trüben Zeiten sein Schicksal anvertraute, die Pflege des geistigen Lebens, die Ausgestaltung der Bildungsinstitute unter die ersten Punkte ihres großen Programms. Es machte Aufsehen in ganz Europa, als das vereinte Preußen 1850 die Gelehrten und Kunstfreunde aller Länder zur Einweihung feierlich mit hoher Kunstgewandtheit erbaute und eingerichteten, der Öffentlichkeit gewidmeten Schatzkammer lud.

Auch die Säcularfeier dieses 1. und 2. Oktober fällt in eine Periode wirtschaftlicher Bebrängnis und politischer Spannungen, wie wir sie heute erleben. Um so bedeutsamer muß es erscheinen, daß die deutsche Hauptstadt in folgendem Zeitpunkt der Welt der Bildung eine so glänzende Gabe darbringen wird, wie sie die nun endlich vollendeten Neubauten auf der Museumsinsel darstellen. Ein alter Plan, an dessen Verwirklichung der genialen Laie Karl Wilhelm v. Bode das entscheidende Verdienst zukam, ist damit erfüllt: dem ganzen Geländebeschnitt von dem Schinkel'schen Museum bis zum nördlichen Ende der „Insel“, wo die beiden Spreemäuler sich vereinigen, mit einem nachvollständigen Komplex zusammenhängender (nun auch durch Übergänge, an einer Stelle sogar über die Stadtbahn weg, miteinander verbundener) monumentaler Bauwerke zu füllen, die der Kunst gewidmet sind. Die große Kücke zwischen dem Neuen Museum, das in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den ersten Museumsbau forderte, und dem Kaiser-Friedrich-Museum, das 1882 eröffnet wurde, ist geschlossen.

Dies hier in zwanzigjähriger Bauarbeit nach den Entwürfen Alfred Messels entstanden ist, umfaßt drei selbständige Museen, die sich um einen nach dem Kupfergraben zu offenen Ehrenhof gruppieren. Der Kernbau, also der zurückliegende Baukörper, ist das neue „Pergamon-Museum“, so genannt nach dem stolzen Hauptstück seines Bestandes, dem berühmten Marmorreliefes mit dem Kampf der Götter und Giganten vom Zeusaltar auf der Hochburg zu Pergamon in Kleinasien, dessen Trümmer deutsche Archäologen, vor allem Karl Humann, in den Jahren 1878 bis 1886 dem Erdboden entziffen haben. In einem Raum von gewaltigen Ausmaßen (47 Meter breit, 50 Meter tief, 18 Meter hoch), der größten Museumsaal der ganzen Welt, hat nun die großartige Denkmäler, des spätgriechischen Kunst aus dem zweiten vordrisslichen Jahrhundert eine wunderbare, höchst eindrucksvolle Neuaufstellung gefunden. Die freie Höhe des Saales, der durch sein riesiges Glasdach voll hereinflutendes Licht erhält, und die durch gewählte hellblaue Tönung seiner kolossalen Wände vermittelten dem Besucher, soweit es in unserer nördlichen Gegenden und in einem geschlossenen Innenraum überhaupt möglich ist, in Wahrheit etwas von dem überweltlichen Eindruck, den der Altar einst unter freiem Himmel deckte. — Doch das Pergamon-Museum bietet noch anderes. In

den beiden nicht minder imposanten Nebenräumen rechts und links sind die kostbaren Funde sonstiger deutscher Ausgrabungen in Kleinasien so aufgestellt, daß die antiken Architekturformen, die dabei zutage traten, in einer unangenehmlich anschaulichen Weise zu dem Verständnis der größten Anziehungskraft wird dabei die erlauchteste Rekonstruktion des Marfiores von Milet entfallen, dessen überreste durch Theodor Wiegand, den heutigen Direktor der Antiken Abteilung an den Berliner Staatlichen Museen, seit 1905 entdeckt und geborgen wurden. Zum ersten Male wird durch die Wiederaufstellung dieses mächtigen dekorativen Bauwerks, dessen Breitenausdehnung 28, dessen Höhe 16 Meter beträgt, in einem Museum eine sinnfällige Darstellung von der ägyptisch-entworfene spätromischen Kunst (2. Jahrhundert n. a. Chr.) dargeboten.

Von diesem Saal des Mittelalters gelangt man in den üblichen Flügelbau des neuen Museumskomplexes, der der Kunst Vorderasiens gewidmet ist. Hier findet man das „Vorderasiatische Museum“ bereits jetzt präsentieren. Es ist wiederum eine Überraschung ersten Ranges: der Wiederaufbau des „Ishtarores“ (so genannt nach der Göttin Ishtar) vom Palast Nebuchadnezzars II. in Babylon, aus der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts vor Chr., und die mächtigsten Prozeßionsstraßen, die vor zweieinhalb Jahrtausenden in diesem Tempel und Königstempel führte. Ganz andere Wirkung empfängt uns hier, denn es ist farbige und leuchtende Buntheit, die den babylonischen Bauwerken den Charakter gab. Glasierte Fliesen von tiefem Dunkelblau geben den Hintergrund ab, von dem sich die großartigen feramischen Reliefs der verklärten streitenden Ewigen zu beiden Seiten der Prozessionsstraßen der phantastisch über die fackeligen Mauern verstreuten Tiere und Drachen am Ishtarort abheben. — Der entsprechende nördliche Flügelbau ist das neue „Deutsche Museum“, in dem nach Bode's Idee eine Anstaltung von unserer nationalen Kunstschaffen seit den Zeiten der Döllerwanderung bis zum Rokoko gegeben wird: ein mit unermesslichem Reichtum gefülltes Haus der Kunst, in seiner einseitigen Geschlossenheit von härtestem Eindruck, von unsäglichbarer Bedeutung. Man durchschreitet in der Obergeschicht die Gemalgalerie, die mit dem Saal der Werke Albrecht Dürers und Hans Holbeins



Humann, der Entdecker von Pergamon v. Bode, ehemals Generaldirektor der preuß. Museen Wiegand, Direktor der Antikensammlung

ist noch nicht alles fertiggestellt, aber einen Teil seines wertvollsten Bestandes kann das „Vorderasiatische Museum“ bereits jetzt präsentieren. Es ist wiederum eine Überraschung ersten Ranges: der Wiederaufbau des „Ishtarores“ (so genannt nach der Göttin Ishtar) vom Palast Nebuchadnezzars II. in Babylon, aus der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts vor Chr., und die mächtigsten Prozeßionsstraßen, die vor zweieinhalb Jahrtausenden in diesem Tempel und Königstempel führte. Ganz andere Wirkung empfängt uns hier, denn es ist farbige und leuchtende Buntheit, die den babylonischen Bauwerken den Charakter gab. Glasierte Fliesen von tiefem Dunkelblau geben den Hintergrund ab, von dem sich die großartigen feramischen Reliefs der verklärten streitenden Ewigen zu beiden Seiten der Prozessionsstraßen der phantastisch über die fackeligen Mauern verstreuten Tiere und Drachen am Ishtarort abheben. — Der entsprechende nördliche Flügelbau ist das neue „Deutsche Museum“, in dem nach Bode's Idee eine Anstaltung von unserer nationalen Kunstschaffen seit den Zeiten der Döllerwanderung bis zum Rokoko gegeben wird: ein mit unermesslichem Reichtum gefülltes Haus der Kunst, in seiner einseitigen Geschlossenheit von härtestem Eindruck, von unsäglichbarer Bedeutung. Man durchschreitet in der Obergeschicht die Gemalgalerie, die mit dem Saal der Werke Albrecht Dürers und Hans Holbeins



Saal der neu eröffneten Deutschen Abteilung

des Jüngeren ihren Haupttrumpf ausspielt. Mit ihr verbunden ist die in Jahrzehntelangen Mühen erworbene Sammlung deutscher Stein- und Holzskulpturen, die ein wahres Schloß von edelsten Kunstwerken aus ausschüttet. Damit sich dieser Überblick über die alte deutsche Bildhauerkunst rundet, sind außerdem im Erdgeschicht die herrlichsten Schöpfungen unserer mittelalterlichen und Renaissanceplastik (Naumburg, Bamberg, Nürnberg usw.) in vorbildlich ausgeführten und angeordneten Gipsabgüssen zu finden.

So schließt sich das, was die Neubauten der Museumsinsel vor dem Auge des Besuchers ausbreiten, zu einer so eigenartigen Stätte des Studiums und der Genüsse, der Kunstfreunde und wissenschaftlichen Forscher zusammen, wie sie kaum eine andere Stadt der Welt bietet.

Fortbildung

Oberrealschule

mit Internat geleitet von den Schulherren
Jilittsen b. Ulm/D.

Pädagogium Finkenwalde

bei Stettin, Waldstraße 5 Internat
 Von Saxs bis Ahlbr
 Besondere Förderung Zurückgebliebener
Prospekt durch die Direktion

Technikum Sternberg

Meckling.

Pädagogium Schwarzburg i. Thür.

Oberrealschule mit Gehelung (Lehrerfortbildungsmo-
 naten) Mitt nach zwölf Klässern), sechs-obersten,
 Staatl. Oberkinderkate und Abitur an der Anstalt.
 Energ. Erziehung im Felda, Fächergelüb, Höflichkeit,
 Achtung vor Erwachsenen, Ständl. Unverbrüht,
 Arbeitst. unt. Aufsicht. Turnen, Wand. Rasse-
 Winteresp., Gartenarb. Kl. Klassen, Indiv. Behandl.
 Dir. P. Vaasal.

Vorbildung bis zum **Dr. Harangs Anstalt**
 mit Schülereheim
 Fernstr. 11/15. — Prospekt —
Halle - Saale
 gegründet 1864

Ballenstedt/Harz
 Städtisches Welterstorff-Gymnasium mit Realschule
 Alumnat für Schüler sämtlicher Klassen.
 Auskunft durch den Direktor.

Technikum Jmenau in Thür
 Ingenieurlehre f. Maschinenbau u. Elektrotech.
 Wissenschaft. Betriebsführung. Werkmeisterlehre.

Wäscheversand

Leistungsfähig in
 Normal-Wäsche, Oberhemden, Wochenend-
 hemden, Damen-, Trikot-, Fortier-Wäsche
Paul Hartmann, Gera-Thür.
 Wäsche
 Bismarckstr. 17

Arterienverkalkte

die sich ihre Adresse senden, erfahren kostenlos, wie
 sie auf nur einfache Weise erlitten befreite. Frau
 Gleditsch Knecht, Berlin 299, Bodanweg 19/21.
 (Auch bei Gicht, Rheuma, Leichts gittigkeit. Rückporto)

BITTE

nehmen Sie bei Ihren
 Anfragen und Bestel-
 lungen Bezug auf den
 Heimdienst!

Patent für Heringspöcker
NISTHÖHLEN
 HERM. SCHEID, BÖREN
 (WESTF.) KUNENROOP
 b. Frankfurt (Oder).

Zuschriften nur
 nach Bires (Westf.). Ein-
 zigste Firma, die aus streng
 nach Vorschrift und
 unt. direkter Kon-
 trolle des Fabrik. v.
 Heringspöcker her-
 stellt.
 Preisliste auch über
 Winterfütterung
 kostenlos.



Werde Thüringer müsser
Pflaumenmus

nur Pfäfers u. Zucker,
 verwendet täglich frisch in
 Postpak. von 6 und 9 Pfd.
 Inh. in 1-od. 1/2 Pfd.-Stücken
 resp. 6, 3, 2, 1, 1/2
 Markpreis.
 Erste Ostfänger Mulker
 Co. Ruhwaden 18. (Ostb.)

Allerleinst Ölmargarin
Tafelbutter
 (Markenbutter) präpariert
 a. pasteurisiertem Rahm,
 verwendet täglich frisch in
 Postpak. von 6 und 9 Pfd.
 Inh. in 1-od. 1/2 Pfd.-Stücken
 resp. 6, 3, 2, 1, 1/2
 Markpreis.
 Erste Ostfänger Mulker
 Co. Ruhwaden 18. (Ostb.)

RHEINGOLD

Silberbestecke

und Tafelbestecke mit 140 g Fein-
 silberauslage. — 8 Tage zur An-
 sicht, 10-15 Monate Kredit. Die
 neuen rasigen Modelle „Gruga“
 „Mokoko stiliren“, „Fächer“
 sind jetzt lieferbar.
 Zur Einführung Werberpreise
 Verlag, 810 unverb. Katalog.
 Rhodigold - Silberwaren - Ge-
 sellschaft, W. A. Kresse & Co.,
 Mettmann (Rhld.), Schloß 46.

Von der Überseeplantage direkt nach dem Bremer Freihafen ...
 von dort direkt in die Berliner Großrösterei unseres Hauses ...
 und aus der Großrösterei direkt zu Ihnen!
 Nur so können Sie die Kaffeezollerhöhung sparen!
 Decken Sie bei uns Ihren Bedarf an

Kaffee

Sorte 0 Hausmischung, wirklich gut und ergiebig, ... Pfd. 2,40 RM
Sorte 1 Campina-Mischung, sehr wohlgeschmeckende Zusammensetzung, ... 2,00 "
Sorte 2 Guatemala-Mischung, hochfein, ergiebig, ... 3,15 "
Sorte 3 Java-Spezial-Mischung, hochfeiner Plan- lagen-Kaffee, wundertat Schwere, hervor- ragender Geschmacks, ... 3,40 "
Sorte 4 Imperator-Mischung, das Feinste v. Finesen, nur Hochgewächse, ... 3,80 "

ab 5 Pfund: Lieferung frei Haus.

Kakao

„von Daak“, Kakao Sorte I, ... Pfd. 1,40 RM
„von Daak“, Kakao Sorte II, ... 1,40 "

Wir liefern in Packungen von 1/2 und 1 Pfund.

See

direkt aus dem Import genommen!

Nr. 1 Ostrindische Mischung, ... Pfd. 4,30 RM
Nr. 2 Java-Orange-Préco, ... 5 "
Nr. 3 Ceylon-Orange-Préco, ... 6,20 "
Nr. 4 Darjeeling-Orange-Préco, ... 7,15 "
Nr. 5 Darjeeling Hochgewächse, ... 8,05 "

in Packungen von 1/2, 1/4, 1 Pfund.

Ein Versuch überzeugt!

HANSEATISCHES IMPORTHAUS

VON DAAK & CO. G. M. B. H.
 KAFFEEIMPORT / GROSSRÖSTEREI
 BERLIN-WILMERSDORF
 Brandenburgische Str. 21 • J2, Oliva 6100/01

...während siehst Du aus!

„Wer hat Dir diese Dauerfrisur gemacht?“ „Kein Friseur!
 Du wirst staunen! Ich entdülere mich jetzt aus noch mit
 dem fabelhaft. autendisch. Haarwell-Apparat „Elmas“,
 der die preiswörtlichen Haarwellen selbständig formt.“
 Zehntausende hübsche Frauen konnten aus vollem Zufrie-
 denheit den technisch einzigartigen Apparat, der Hei-
 und moderne Wasserstrahlen ohne jedes andere Hilfs-
 mittel — auch ohne Lockenwasser — entdülert.
 Eine einmalige kleine Ausgabe spart Zeit und Geld für den
 Friseur; „Elmas“ entdülert, ohne jede Beschäftigung zu
 streuen, jedes Haar und alle gewünscht. Wollen glänzend
 und harmonisch. Kinderleichter Anwendung! Ein stufen-
 feingedruckter „Elmas“-Komplett, der haubeutrig
 das ganze Kopfhair entdülert,
 ist vollständig. Selbstbewegen
 sich alle Kammerstreifen ganz
 allein nach vorn und hinten,
 formen selbstständig, selbst-
 natürlich, ausseh. Haarwellen.
 So arbeitet „Elmas“
 und ist gleichzeitig
**Haarwell- und
 Friseur-Apparat!**
 6 Nachbestellungen
 auf eine Lieferung!!!
 Frau Vin. F. schreibt: „Noch
 kein Friseur hat mich so rest-
 los zufriedengestellt, wie diese kleine und preiswört-
 lichen Hilfsmitel.“ — Langjährigster P. in K. schreibt: „Meine
 Frau erkrankt mit dem Apparat zufrieden zu sein.“
 Die natürliche Engländerin über andere beliebtere
 Anmerkungen und Nachbestellungen lag der
 Anzeigenverwaltung dieser Zeitschrift vor.
 „Elmas“-Komplett Nr. 1 für mittellange Haare, Nr. 2 für Rechts- oder Links- oder Mittelschleife,
 Modell A m. Alumin.-Kammetzstr. 4,95 M., nussig, Versa-
 Modell B m. Zellulose-Kammetzstr. 5,95 M., und Nach-
 „Elmas“-Klein I. Herros-od. Teilris. 8.- M.) nussig.
 Umsonst erhält jede Dame daneben das Schrift:
 Solche darunter Handre über Selbstentdülung auf halt.
Dr. Röther Kosmetik - Dienst
 Berlin W 8/H Kronenstr. 86 B.

8 TAGE ZUR ANSICHT!
ÖLGMÄLDE

Wir liefern Ihnen von **25.- bis 75.-** an gute Ölgemälde namhafter Künstler. Verlangen Sie photog. Abb. Nr. 110 oder beschließen Sie unverbindlich unsere Ausstellung. Für Beamte Zahlungserleichterung ohne Preisaufschlag.

DEUTSCHER KUNSTKREIS G. m. b. H.
Verkaufsstelle d. DEUTSCHEN MALER-GILDE E.V.
BERLIN C 25

Kurze Straße 17 (über dem Lehrervereinshaus).
Tel.: Kupferg. 4048, Gesch. 9-6, Sonnab. 9-4.
Versand nach allen Plätzen Deutschlands

Silberbestecke

in massiv Silber (900) sowie Bestecke in 100 g Silber, mit veränderter Silberanlage an den Aufhängestellen, 72 Teile mit Inv. 128 - 50 Jahre Garantie. 6 Monate Ziel. Fordern Sie unverbindl. Preisliste und Katalog 125

Fritz Voos / Sollingen (Böckerhof)

10% Beamtenrabatt erhalten Sie auf Liebesmappchen, Läufer, Stragalspiegel und Stützwagen zum Auslegen ganzer Zimmern. Lieferung ohne Anzahlung, fracht- und verpackungsfrei. Zahlung monatlich nur RM 10.-. Verlangen Sie meine Muster-Drucke als Probebogen auf ca. 5 Tage zur Ansicht.
Otto Sachau, Linol-undgroßhandel, Elmstraße 274.

Möbel-Kamerlind
N, Kastanienallee 56
Büchsenwahl, Zahlungserleichterung 4%
Brielemarkensammer
verlangt art. Preisnummer oder größtes Fachschrift mit wertvoll. Mitteilungen
Die Post Berlin N 10
Friedrichstraße 1314

Jetzt ist der Moselwein billig
Versuchen Sie
eine 15er, 30er oder 50er Kiste
29er Moselweiser 0,95
30er Gläsertraher Kellberg 0,95
28er Schwarzer Katz 1,50
27er Kiehlener Edelwein 1,40
27er Oberrhein Retard 1,70
21er Pfalzpariser Pflücker (Gatter) 1,95
auch sort. Ferner Rotwein 1.-, Tischwein 0,75, Gläs. Holzwasser oder 0,20 u. 75. so bestellen u. Preisliste verlangen. Laufende Anordnungen, Teilzahlung! Weinkellerer Schmitz, Borsatzel 60 (Mosel).

Ihr Beamten- und Festbestellplan

Bestellen wir seit 1884 dir. ab unserer Fabrik

Oberbetten, Unterbetten, Piumeaux und Kissen, Bettfedern und Daun

streng vertraulich ohne Ausbeug gegen 9 Monate Ziel und monatliche Raten.
Erste Rate 1 Monat nach Lieferung. Jedes Bett wird für jeden Kunden nach großem Wahl besonders angefertigt.

Anderwertige Ware führen wir nicht.
Lk. amt. notarieller Bestätigung:

1. Über 400 000 Kunden in mehr als 10000 Orten.
2. Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.
3. Viele Kunden schreiben, daß sie sich gute Betten am eigenen Platz zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.

Gebr. Passmann A.-G.
Köln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Diese Kostbarkeiten auch für Sie!

DAS - CHRONOS - RÄTENSYSTEM
BRINGT JEDEM DIE ANSCHAUUNG

SCHWEIZER UHREN!
TÄSCHEN- UND ARMBANDUHREN
DAUFEN- UHREN - STIC-UHREN
STAND- UND TISCHSCHMUCKRINGE
JUNGLER-KETTEN
BRILLANTEN-BESTECKE

VERKAUF DIREKT AN PRIVATK. FORDERN SIE KATALOG N

CHRONOS G.M.B.H. BERLIN W 8 - KRONENSTR. 66

Kronen-Lampen
Billige Preise · Teilzahlung · Direkt aus Fabrik
Gustav Baum & Co.
Berlin SO, Köpenicker Str. 75.

Selbst
Greise
bzw.
Klavierspielen

in 2-3 Monaten korrekt nach Noten, jedoch selbst. leichte Erlernung. Alles überaus einfache Erlangung eines bindenden Musikers. Prospekt Nr. 29 sofort kostenlos durch Verlag E. Deder, Lirrach-Baden.

VEREINIGTE

Sie werden als unser Versicherter vollkommen als **Privatpatient** behandelt.

Ein Krankenschein ist nicht erforderlich.

Vereinigte Krankenversicherungs-Akt.-Ges., Berlin

Aktienkapital 5 Millionen RM.
Reserven über 5 Millionen RM.

hier ausschneiden

An das
Spezial-Büro für die Beamtenverbände
Otto Mack, Berlin O 17, Am Ostbahnhof 12.

Ich bitte um unverbindliche Zusendung Ihres Prospektes bzw. unverbindlich bei mir vorzusprechen.

Name: _____
Adresse: _____

Neubau-Wohnungen

Humannplatz: Nähe Schönhanser-, Prenzlauer Allee
1 1/2 Zimmer-Wohnungen
Besichtigung: Montag, Mittwoch, Freitag, Sonnabend 1-6 Uhr, Sonntag 10-2.
Vermietungs-Büro: Varnhager, Ecke Wisbyer Straße; sofort vermietet und beziehbar.

Tempelhof: Blanke Helle
Straßenbahn-Haltestelle Linie 60
1 1/2-, 2- u. 2 1/2 Zimmer-Wohnungen
Besichtigung: Täglich 1-6 Uhr, Sonntag 10-1 Uhr
Vermietungs-Büro: dortselbst, Wittekindstraße 64; per sofort zu vermieten.

Lankwitz: Nähe Kaiser-Wilhelm-Str.
1 1/2- u. 2-Zimmer-Wohnungen
Besichtigung: werktäglich 1-6 Uhr.
Vermietungs-Büro: dortselbst, Renatenweg 13; per sofort zu vermieten.
Größere Wohnungen später.

Grüner Neubauschein erforderlich. Sämtliche Wohnungen sind mit neuzeitlichem Komfort (Zentralheizung, Warmwasser, mech. Waschküchen) versehen.

De-Ge-Wo
Deutsche Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaues, Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Berlin.